Breslauer  Zeitung.

Vierteljähriger Abonnementspr. in Breslau 5 Mark, Wochen-Abonnem. 50 Pf., außerhalb pro Quartal incl. Porto 6 Mark 50 Pf. — Insertionsgebühr für den Raum einer sechstheiligen Petit-Zeile 20 Pf., Reclame 50 Pf.

Expedition: Herrenstraße Nr. 20. Außerdem übernehmen alle Post-Anstalten Bestellungen auf die Zeitung, welche Sonntag einmal, Montag zweimal, an den übrigen Tagen dreimal erscheint.

Nr. 96. Mittag-Ausgabe. Einundsechszigster Jahrgang. — Verlag von Eduard Trewendt. Donnerstag, den 26. Februar 1880.

Deutschland.

O. C. Reichstags-Verhandlungen.

8. Sitzung vom 25. Februar.

11 Uhr. Am Tische des Bundesrathes: Graf Stolberg, Scholz, Burchard, Tiedemann u. A.

Der Abg. Bauer (Hamburg) hat sein Mandat niedergelegt.

Eingegangen sind: ein Gesetzentwurf, betreffend die Abänderung des § 30 des Socialistengesetzes und ein Schreiben des Reichskanzlers, in welchem die Ermächtigung zur strafrechtlichen Verfolgung des Restaurateurs Thiele zu Friedenthal wegen Beleidigung des Reichstages nachgesucht wird.

Abg. Richter lenkt die Aufmerksamkeit des Hauses auf die Thatsache, daß über die Fortdauer des Mandats einzelner zu Mitgliedern des Reichsgerichts beförderter Abgeordneten nicht nur keine Entscheidung getroffen ist, sondern der Geschäftsordnungscommission noch nicht einmal das Material vorliegt, ein Zustand, der Angesichts der Entscheidung über Verfassungsänderungen möglichst rasch abgekürzt werden müsse. Abg. Lasker fügt hinzu, daß ihm noch ein anderer Fall zur Kenntniß gekommen sei, in welchem ein im Justizdienst in Rang und Gehalt verbesserter Beamter seinen Platz im Hause unverändert einnehme. Abg. v. Bernuth constatirt als Vorsitzender der Geschäftsordnungscommission, daß dieselbe über zwei Fälle zu entscheiden aufgefordert sei und sehr bald entscheiden werde. Der Präsident Graf Arnim erklärt, in seiner Stellung diese Angelegenheit nicht aus eigener Initiative, sondern nur in so weit fördern zu können, als das bezügliche Material ihm in den üblichen Formen entgegengebracht werde. Abg. Richter wird daher in Bezug darauf einen selbstständigen Antrag einbringen.

Die zweite Berathung des Etats für das Reichsschatzamt, Cap. 69 (Controle der Zölle und Verbrauchssteuern) wird fortgesetzt.

Abg. Richter: Ich möchte Ihre Aufmerksamkeit auf den seit dem neuen Zolltarif zunehmenden Schmuggel an den Grenzen richten; öffentliche Blätter haben darüber bereits Mittheilungen gemacht. Nach Rußland ist bekanntlich immer sehr viel geschmuggelt worden, jetzt soll auch der Schmuggel von dort nach Deutschland zugenommen und dadurch, daß die Schmuggler nun mehr Rückfrachtgelegenheit haben, der Verdienst beim Schmuggelwesen an der russischen Grenze sich sehr gehoben haben. Es soll deshalb daselbst eine geheime Civilpolizei gebildet worden sein, um die Schmuggeltransporteure zu überwachen. Mit besonderer Vorliebe werden angeblich von Rußland nach Deutschland geschmuggelt: Stiefel, Gummischuhe, Handschuhe, Zucker, Pferde und (wunderbarer Weise) Tabak. Ueber den Tabaksschmuggel aber wird besonders lebhaft an der holländisch-belgischen Grenze geklagt. Der Tabakszoll hat jetzt schon die Preise im Inlande, namentlich bei den niedrigen Sorten, sehr erhöht; Rippentabak ist von 25 bis 30 Pf. auf 60 bis 80 Pf. per Pfund gestiegen. Dadurch ist der Schmuggel lohnend geworden und findet nun auch am stärksten gerade in diesen Sorten an der holländischen Grenze statt; nach Zeitungsnachrichten wird dort in manchen Orten 95 Procent geschmuggelter Tabak consumirt. In einem Orte haben große Confiscationen geschmuggelten Tabaks stattgefunden und bei der Unzulänglichkeit des Zollpersonals mußte Militär aus den Grenzorten zur Grenzbewachung herbeigeholt werden. Ich habe nun auf Anfragen heute einen ausführlichen Bericht von Leuten, die an der Unterdrückung des Schmuggels von Geschäfts wegen interessirt sind, erhalten, wonach jene Zeitungsnachrichten noch weit hinter der Wirklichkeit zurückbleiben.

Der Schmuggel soll auf der ganzen Grenzstrecke von Cleve bis Aachen ganz außerordentlich zugenommen haben, am meisten aber auf einer gewissen Strecke zwischen Wassenberg und Strälen. Bei einem Colonialwaarenhändler in einer holländischen Grenzstadt wurden zwischen 8 und 9 Uhr ungefähr 900 Pfd. Tabak gekauft und von 20 bis 30 Mann in der Nacht unverzollt über die Grenze getragen. Der Zoll ist so hoch, daß bereits die Traglast eines Mannes einen sehr guten Verdienst abwirft. Nachdem der Tabak über die Grenze gekommen, wird er im Hausirhandel verkauft, und es wird auch darüber geklagt, daß die Gendarmen und die Communalbehörden nicht in der nöthigen Weise vigiliren; die Grenzbewachung sei durchaus unzulänglich. Dazu kommt, daß die holländischen Fabrikanten, um den Schmuggel zu verbergen, sich der deutschen Firmen auf den Packeten bedienen. Hiergegen haben die deutschen Fabrikanten, die legitim eingeführten Tabak fabriciren, keinen Schutz, denn eine Convention über Markenschutz besteht nur mit Holland, Belgien nur mit Oesterreich und Frankreich, nicht aber mit Deutschland. Auch die Art des Verkaufs der confiscirten Quantitäten erschwert die Unterdrückung des Schmuggels. Es wird hier z. B. mitgetheilt, daß in der letzten Zeit von der Steuerbehörde zu Elberfeld sehr große Quantitäten confiscirten Tabaks à tout prix verkauft worden sind, zu einem Preise, der noch unter dem Zoll bleibt. In Folge dessen kommt der confiscirte und verkaufte Tabak in den Verkehr und nun wird als solcher ausgegeben, der schon einmal confiscirt gewesen und in Elberfeld bei der billigen Auction in den Handel gekommen sei. Es scheint in der That, daß die Abneigung der Bevölkerung, den hohen Tabakpreis zu bezahlen, den der neue Tarif namentlich für die niederen Sorten mit sich führt, eine stärkere Reaction gegen die Durchführung der Gesetzgebung herbeiführt, als man erwartet, und es fragt sich, ob es nicht vielleicht auch selbst im finanziellen Interesse, besonders durch eine Ermäßigung des Zollsatzes von ausländischem Tabak in Aussicht zu nehmen. An dieser Frage haben nicht blos die Tabaksfabrikanten und die Finanzbehörden ein Interesse; es muß uns daran gelegen sein, daß nicht eine Demoralisation in der Bevölkerung Platz greift, über die vor Menschenalters, wie sie die hohen Zölle an der holländischen Grenze hatten, sehr lebhaft Klage geführt wurde. Der Schmuggel entzieht den Fabrikanten, die an der Grenze sich befinden, fortlaufend einen sicheren Arbeitsverdienst; der Reiz, an einer Traglast geschmuggelten Tabaks erheblich zu verdienen, ist daher sehr verlockend.

Commissar Geh. Rath Burchard: Daß der Reiz zum Schmuggeln in Folge des erhöhten Zolltarifs zunehmen würde, war schon im vorigen Jahr vorauszusehen. Ob die Mittheilungen des Abg. Richter in allen Punkten zutreffend sind, lasse ich vorläufig dahingestellt. Sie stammen jedenfalls aus Kreisen, die ein Interesse daran haben, von dieser illegitimen Concurrenz befreit zu werden, die also zu Uebertreibungen geneigt sind. Der Reichsverwaltung sind bisher von ihren Organen nicht Meldungen über derartige Thatsachen gemacht worden. Die Erhebung der Zölle ist Sache der Einzelstaaten, in diesen ist auch eine Vermehrung des Zollaufsichtspersonals bei den Landesvertretungen in Antrag gebracht und zum Theil bereits beschlossen. Die Reichsverwaltung wird jedoch an der Hand der Mittheilungen des Abg. Richter nachfragen, ob Uebelstände bestehen, die sofortige Abhilfe erheischen. Wir können darauf vertrauen, daß die preußische Regierung, welche vorzüglich bei den Mittheilungen des Abg. Richter interessirt ist, dem Schmuggel mit allen Mitteln entgegentreten wird.

Abg. Stumm: Wir waren darauf vorbereitet, daß von jener Seite jede Gelegenheit wahrgenommen würde, um hier die neue Zollpolitik anzugreifen. Nachdem aber der neue Tarif auf allen Gebieten so günstige Resultate hervorgerufen hat, daß nur eine Stimme im Lande darüber herrscht, war ich neugierig, wo die Herren den Angriffspunkt finden würden. Wenn sie nicht mehr zu sagen haben, als daß der Schmuggel zugenommen habe, so kann nichts Günstigeres für die Zölle angeführt werden, denn dessen war die Majorität im vorigen Jahre sich voll bewußt, daß der Schmuggel zunehmen würde. Ich habe übrigens, obwohl ich an der Grenze wohne, zu meinem Erstaunen sehr wenig von Vermehrung des Schmuggels wahrgenommen und muß daher die Mittheilungen des Abg. Richter für übertrieben halten. Doch freut es mich, daß er im Schmuggel eine so große Gefahr für die Moralität sieht; wir werden ihn bei Anträgen, die den Schmuggel verhindern sollen, kräftig unterstützen.

Abg. Richter: Wenn der Vorredner meint, daß nur eine Stimme über die Segnungen des Zolltarifs herrscht, so ist das eben nur seine eine Stimme (Sehr gut!), die übrigen Schutzzöllner meinen, wie Herr von Kardorff, daß sich über die Folgen im Ganzen noch kein bestimmtes Urtheil aussprechen läßt; nur der Abg. Stumm ist von den Segnungen des Tarifs schon so überzeugt, und meint, nur das Bischen Schmuggel sei das einzige Unbequeme an der Sache. In der Budgetcommission haben sich aber schon ganz andere Bedenken gegen die praktische Durchführung des Zolltarifs erhoben. Es handelt sich jetzt nicht um Bekämpfung der Tarifpolitik, sondern darum, diese Tarifpolitik ihre ehrliche Probe, wie man es genannt hat, bestehen zu lassen und ihre praktischen Wirkungen zu constatiren. Eine solche haben wir jetzt im Schmuggel, von dem der Abg. Stumm natürlich nichts gemerkt hat, da er an der französischen Grenze wohnt, wo der Schmuggel sich nicht rentirte, in Frankreich ist der Tabak ohnehin theuer, während in Holland Tabak, Kaffee, Thee u. s. w. bekanntlich nur einer sehr geringen oder gar keiner Steuer unterworfen sind. Daß das Schmuggeln nicht zum Freihandel gehört, hat Herr Stumm gewiß längst gewußt. Wir sind selbstverständlich gegen jede Gesetzesübertretung, es fragt sich nur, ob man den Schmuggel im administrativen Wege so nachdrücklich unterdrücken kann, wie es zur Aufrechterhaltung der Gesetze nöthig ist. Die inländischen Tabakfabrikanten haben an der Unterdrückung des Schmuggels dasselbe Interesse, wie die Regierung selbst. Sie haben schon im November und December die Behörden auf diese Sache unter Angabe der Beweise aufmerksam gemacht. Um die Grenzbehörden von dem Umfang des Schmuggels zu überzeugen, haben die betreffenden Firmen Erkundigungen an Ort und Stelle eingezogen. Danach haben die vorgenommenen Repressivmaßregeln die Vermehrung des Schmuggels bisher nicht verhindern können. Es freut mich, daß die Reichsregierung darüber Erkundigungen einziehen will.

Abg. Windthorst: Die Vermehrung des Schmuggels ist bei der Berathung des Zolltarifs vorausgesehen und auch von der Majorität sehr ernst erwogen. Indessen habe ich seine Zunahme an der holländischen Grenze in meinem Wahlkreise durchaus nicht so groß gefunden, wie ich selbst erwartet hatte. Gegen eine weitere Verbreitung des Schmuggels wird man Maßregeln treffen müssen. Ich finde es begreiflich, daß Herr Richter als entschiedener Anhänger des Freihandels bei jeder Gelegenheit seinen Verdruß über die im vorigen Jahre erlittene Niederlage zur Geltung bringt, ich würde es an seiner Stelle auch thun. Aber ich würde noch heute so stimmen, wie ich damals gestimmt habe.

Abg. Stumm: Der Schmuggel mit Tabak ist allerdings an der französischen Grenze nicht lohnend; wohl aber der mit anderen Gegenständen; aber auch diesen habe ich nicht zunehmen sehen. Es ist ein bedeutendes Anerkenntniß, wenn der Abg. Richter jetzt abwarten will, wie sich der neue Zolltarif gestaltet, während er bei Gründung der Antikornzollliga erklärte, den Tarif bei jeder Gelegenheit bekämpfen zu wollen.

Abg. Richter: Die Agitation, die ich außerhalb des Hauses gegen die Zollpolitik angeregt habe, wird dadurch keineswegs geschwächt, daß ich mich hier, wie es mein Recht und meine Pflicht ist, darauf beschränke, bestimmte Thatsachen vorzubringen, welche die Mängel und Lücken der bisherigen Gesetzgebung zeigen. Ueber die Verhältnisse an der französischen Grenze kann man schon deshalb heute nicht sprechen, weil die Tarife, die dort besonders wichtig sind, erst mit dem 1. Januar in Kraft getreten sind, und hier so viel Vorräthe voraussichtlich eingeführt sind, daß man hier von den Zöllen praktisch noch nichts gewahr wird.

Damit ist der Etat für das Reichsschatzamt erledigt.

Es folgt der Etat des **Reichseisenbahnamtes**.

Abg. Berger fragt, wie es mit der Fertigstellung des Entwurfes eines Reichseisenbahngesetzes stehe. Maybach hat im vorigen Jahre erklärt, daß der Entwurf nicht mehr im Pulte liege, also schon im Staatsministerium circulire. Seit dem hat sich das preußische Handelsministerium mit der Verstaatlichung der Eisenbahnen, aber nicht mit dem Eisenbahngesetz beschäftigt. Durch die erstere ist aber dieses Gesetz nicht überflüssig geworden, sondern es muß ein fester gesetzlicher Boden gewonnen werden, um das Verhältniß zwischen den Privat- und Staatsbahnen, sowie zwischen den preußischen und den Staatsbahnen der Mittel- und Kleinstaaten zu regeln.

Commissar Geh. Rath Körte: Bei der vorjährigen Etatsberathung konnte ich in Bezug auf das Reichseisenbahngesetz einen Antrag der preußischen Regierung in Aussicht stellen. Dieser Antrag ist seitdem eingegangen; er geht dahin, eine Commission zur Aufstellung des Reichseisenbahngesetzes einzusetzen. Diesem Antrage waren drei Entwürfe beigefügt, betreffend das Eisenbahnwesen, einen Reichseisenbahnrath und die Einsetzung eines Verwaltungsgerichts zur Entscheidung von Eisenbahnstreitigkeiten als Grundlage für die weitere Berathung. Der Bundesrath hat sie an die bezüglichen Ausschüsse verwiesen, wo sie sich noch befinden.

Abg. v. Benda: Ich freue mich, daß die Arbeiten zum Reichseisenbahngesetz soweit gediehen sind; denn der Erlaß desselben ist trotz der Verstaatlichung der preußischen Privatbahnen nothwendig, ja vielleicht um so nothwendiger. Ich möchte um Aufklärung bitten, weshalb der Fonds zur Annahme von Kanzleigehülfen von 6000 auf 10,000 Mark erhöht werden soll, da er doch 1878/79 nicht ganz verbraucht worden ist.

Geh. Rath Körte: Vom Reichseisenbahnamte wird jetzt eine Statistik über die Eisenbahnen des ganzen deutschen Reiches aufgestellt. Es hat lange gedauert, ehe es gelang, für alle Eisenbahnverwaltungen ein gemeinsames Buchungsformular einzuführen. Es sind aber trotzdem noch fortlaufend vielfache Anfragen zu erledigen, was viele Schreibkräfte erfordert.

Abg. Rickert will diese Mehrforderung nach der eben erfolgten Motivirung nicht mehr bemängeln, bittet aber um Auskunft, ob die dem Abgeordnetenhause mitgetheilten Grundzüge über die den Secundärbahnen zuzugestehenden Erleichterungen der Verpflichtungen gegenüber der Post- und Militärverwaltung das Ultimatum seien. Diese Erleichterungen reichten bei Weitem nicht aus, um den Bau von Secundärbahnen zu fördern. Man gehe überall mit dem Bau dieser Bahnen energisch vor, namentlich in Frankreich und Italien; Deutschland dürfe nicht zurückbleiben und müsse den Bau der Localbahnen, die allmälig an die Stelle der Chausseen treten sollen, durch Herabminderung der Ansprüche an dieselben begünstigen.

Geh. Rath Körte: Das Reichseisenbahnamt hat dahin gewirkt, den Localbahnen die größtmöglichsten Erleichterungen zu Theil werden zu lassen und hat dabei die Unterstützung aller Ressorts gefunden. Der Vorredner hat bereits auf die Grundzüge hingewiesen, die der Reichskanzler im Mai v. J. aufgestellt hat. Die Bestimmungen über die Verpflichtungen der Eisenbahnen gegenüber der Post- und Telegraphenverwaltung von 1868 sollen einer Revision unterzogen werden; auch die Bestimmungen über die Verpflichtungen gegenüber der Militärverwaltung unterliegen einer commissarischen Berathung, wobei auch die vom Vorredner angeregte Frage erledigt werden wird. Die Thätigkeit des Reichseisenbahnamtes in Bezug auf die Localbahnen hat sich aber noch weiter erstreckt. Es ist eine Bahnordnung für Bahnen von untergeordneter Bedeutung erlassen worden, welche sonst noch nirgends besteht, welche das Zustandekommen derartiger Unternehmungen wesentlich erleichtert; sie weicht erheblich von den Bestimmungen für die Normalbahnen ab und es wird erwogen werden, ob es möglich und zulässig ist, noch weiter gehende Zugeständnisse zu machen.

Abg. Richter (Hagen): Theoretisch betrachtet kann man ja Vortheile vom Reichseisenbahngesetze erwarten, praktisch erwarte ich keine Verbesserung des Eisenbahnwesens davon. Uebrigens freue ich mich, daß die Eisenbahngesetze wahrscheinlich infolge des Widerspruches der Mittelstaaten in den Ausschüssen des Bundesrathes stecken geblieben sind; hoffentlich bleiben sie da stecken.

Abg. Berger: Der Vorredner fürchtet das Eisenbahngesetz als ein zu centralistisches; ich glaube, es wird eine Zeit kommen, wo jedes Eisenbahngesetz, auch ein centralistisches, besser erscheinen wird, als der jetzige latente Kriegszustand. Ich bitte um Auskunft darüber, ob die vorhin angeführten Eisenbahngesetze Aussicht haben, in der nächsten Session im Reichstage zur Vorlage zu gelangen.

Geh. Rath Körte: Das ist noch zweifelhaft.

Der Etat wird genehmigt; desgleichen ohne Debatte der Etat des **Rechnungshofes**.

Es folgt der Etat der **Zölle und Verbrauchssteuern**.

Abg. Dr. Delbrück: Bei der Bildung der Einnahmeposten ist die Regierung nach folgenden Grundsätzen verfahren. Der dreijährige Durchschnitt beträgt 114,553,000 M.; dazu treten als erwartete Mehrerträge in Folge der Aenderung des Zolltarifes 69,350,000 M., macht zusammen 183,903,000 M. Nun wurden aber die Eisenzölle schon in den vier letzten Monaten des Jahres 1879 erhoben; diese Mehreinnahme muß von dem Durchschnittsertrage mit 442,000 M. in Abzug gebracht werden; ferner muß ein Abzug gemacht werden mit Rücksicht auf die im vorigen Jahre erfolgte speculative Mehreinfuhr von Tabak und zwar im Betrage von 5,558,000 Mark. Gegen diesen Abzug habe ich keine Einwendungen zu erheben, um so mehr aber muß ich mich gegen die Berechnung des Mehrertrages auf 69,350,000 M. aussprechen. Ich muß mich dabei auf die Berechnung des Mehrertrages beziehen, die von der Tarifcommission im vorigen Jahre aufgestellt worden ist, welche den Mehrertrag auf 71,294,000 Mark fixirte.

Diese Differenz ist allerdings unbedeutend. Allein die Grundlagen der damaligen Berechnung bedürfen einer Berichtigung; unberücksichtigt sind damals geblieben die erhöhten Einnahmen aus dem Tabakzoll. Man hat mit Rücksicht auf die Speculationseinfuhr den Rohtabakszoll statt auf 16,682,000 Mark auf 10,682,000 M. angesetzt; die Mehreinfuhr bezog sich nur auf den Rohtabak, nicht auf die Fabrikate. Deshalb glaube ich, daß dieser Anschlag ein zu niedriger, dem voraussichtlichen Gebrauche nicht entsprechender sein wird. Ferner bedarf die damalige Berechnung der Tarifcommission insofern einer Berichtigung, als sie auf den Beschlüssen zweiter Lesung basirte; in dritter Lesung erfolgte aber die Erhöhung des Roggenzolles von 50 Pf. auf 1 M., ferner die Aufnahme eines Flachszolles in den Tarif. Die beiden letzten Positionen ergeben eine Erhöhung des Anschlages um 5,137,000 M., wozu noch ein Mehrertrag des Tabakzolles mit 5,241,000 M. träte. Bei dieser Berechnung sind sonstige Zollerhöhungen, die in dritter Lesung stattgefunden haben, nicht in Anrechnung gebracht. Compensirt müssen dagegen werden die Mindereinnahmen, welche entstehen aus der Voreinführung von Waaren über den gewöhnlichen Bedarf hinaus, die vor dem Inkrafttreten der Zölle stattgefunden hat. Nach den Einfuhrausweisen von 1879 haben sich diese Voreinfuhren aber in sehr engen Grenzen gehalten; nur bei Wein in Fässern und Flaschen sind 2,035,000 Ctr. verzollt, während die Durchschnittseinfuhr sich auf 1,288,000 Ctr. stellt. Wenn man diese Mehreinfuhr in Abzug bringen will, muß man aber darauf rechnen, daß ein Theil derselben im ersten Quartal dieses Jahres verbraucht werden, also keinen Einfluß auf das nächste Finanzjahr vom 1. April 1880 ab haben wird. Der Rest, welcher über den 1. April hinaus reicht, würde eine Mindereinnahme von 5,000,000 M. verursachen. Nach meiner Ansicht könnte also der Etat der Zolleinnahmen unbedenklich um 6,500,000 M. erhöht werden. Einen Antrag will ich an meine Ausführungen nicht knüpfen.

Die Abgg. Rickert und Richter beantragen dies Kapitel der Budget-Commission zu überweisen.

Director im Reichsschatzamt Burchard: Die Schwierigkeiten einer zutreffenden Abschätzung des Mehrertrages sind bereits im vorigen Jahre bei der Berathung des Zolltarifs hervorgetreten. Der Entwurf des Tarifs enthielt keine Ertragsberechnung, dagegen wurde auf Grund der von den Bundesraths-Commissarien in der Commission abgegebenen Erklärungen von einer Subcommission des Reichstages eine Berechnung aufgestellt, die als Mehrertrag 71 Millionen ergab. Diese Berechnung ist bei der Aufstellung des vorliegenden Etats zwar berücksichtigt, sie konnte aber, vorzüglich aus zwei Gründen, nicht ganz und gar maßgebend sein. Dieselbe war nämlich im Ganzen um 4,200,000 Mark zu hoch gegriffen; für den Kaffeezoll war der Satz des Entwurfs mit 42 Mark und nicht der nachträglich bewilligte von 40 Mark in Ansatz gebracht; der Ertrag des Kaffeezolls war hierdurch um 1,900,000 Mark, der Ertrag der in dritter Lesung einem niedrigeren Zollsatz unterworfenen Südfrüchte aus gleichem Grunde um 600,000 Mark, der Ertrag des Salzzolles endlich in Folge eines Rechnungsfehlers um 1,700,000 Mark zu hoch berechnet. Demnach war der Mehrertrag auf 67 Millionen zu ermäßigen. Es ist aber zweitens zu bedenken, daß diese Schätzung der Commission sich auf den Durchschnittsertrag eines normalen Jahres bezog. Ein solches kann das Etatsjahr 1880/81 nicht sein, vielmehr müssen hier die im Vorjahre mit Rücksicht auf den Zoll gesammelten Vorräthe den Ertrag bedeutend herabmindern. Diese Vorräthe sind besonders bedeutend beim Wein; beim Roggen betrug der Ueberschuß der Einfuhr über die Ausfuhr 1878 nur 15 Millionen Centner, dagegen 1879 26 Millionen Centner, es ist hier also ein sehr erheblicher Vorrath eingeführt worden und auf eine sehr erhebliche Einnahme aus dem Roggenzoll in diesem Jahre kaum zu rechnen. Fast eben so liegt das Verhältniß bei anderen Waaren; die Details werde ich noch in der Commission angeben.

Ich glaube demnach, daß die in dem Etat aufgestellte Ertragsberechnung eher zu hoch, als zu niedrig gegriffen ist, zumal man in einem Bundesstaat ohne Kenntniß der hier in Betracht gezogenen Momente zu demselben Resultate in der Berechnung gelangt ist. Die Höhe dieses Mehrertrages hat übrigens keinen unmittelbaren Einfluß auf die Berathung des Reichsetats, da dem Reiche ohne Zweifel die 130 Millionen als Ertrag der Zölle verbleiben werden, es sich also nur um den Ueberschuß handelt, der den einzelnen Staaten zukommen soll. Ob hier ein paar Millionen mehr oder weniger erzielt werden, ist für die Berathung dieses Etats nicht maßgebend.

Abg. Sonnemann: Ich bin von meinem Wahlkreise speciell beauftragt, Klarheit darüber zu schaffen, was den umlaufenden Gerüchten und Befürchtungen, daß von Seiten der Reichsregierung immer noch an die Einführung des **Tabaksmonopols** gedacht werde, Thatsächliches zu Grunde liegt. Ich würde sie ja nach den vorjährigen Verhandlungen für unmöglich halten, wenn ich nicht seit einigen Jahren gelernt hätte, mit der Anwendung des Wortes „unmöglich" recht vorsichtig zu sein. Das erwähnte Gerücht existirt thatsächlich und ist von den Officiösen bis jetzt nicht dementirt worden. Wir haben erst im vorigen Jahre ein neues Tabaksteuergesetz erlassen, das heute noch nicht ganz in Wirksamkeit getreten ist und über welches Erfahrungen noch gar nicht vorliegen. Dieses Gesetz hat die Tabakindustrie, namentlich die kleinere, schwer verletzt. Um so tiefer wäre es zu beklagen, wenn jetzt schon wieder Aenderungen vorgenommen werden sollten. Ich ersuche daher die verbündeten Regierungen, sich klar und bündig darüber auszusprechen, ob etwas derartiges in Sicht sei und zwar, ob es nicht etwa im Moment, sondern überhaupt in absehbarer Zeit in Sicht sei.

Bundescommissar Director Burchard: Ich bin natürlich außer Stande, zu sagen, welche Ideen die eine oder die andere Regierung beschäftigt haben. Im Schoße des Bundesraths ist diese Frage bis jetzt in keiner Weise zur Erörterung gelangt.

Abg. Richter (Hagen): Die Sache läge klarer, wenn der Herr Commissar bei seiner Antwort auf das Bezug genommen hätte, was ihm am nächsten liegt, auf das Reichsschatzamt und das Reichskanzleramt. Auf den Herrn Reichskanzler kommt es schließlich doch am meisten an, und was er darüber denkt, interessirt uns auch am meisten. Er ist nur leider nicht hier. Den Gerüchten bezüglich des Monopols schenke ich nicht unbedingten Glauben. Ich halte es vielmehr für möglich, daß, nachdem im vorigen Jahre viele von uns nur deshalb für die hohe Steuer gestimmt haben, um sich dadurch vom Monopol loszukaufen, jetzt diese ängstlichen Gemüther von Neuem in die Stimmung versetzt werden sollen, sich nochmals loskaufen zu wollen. Im Interesse einer sicheren Grundlage für die Tabaksindustrie wäre allerdings eine klare Aussprache seitens der Regierung überaus wünschenswerth. Noch einen anderen Punkt möchte ich anregen. Nachdem das Haus im vorigen Jahre in seinem Eifer, neue Zölle einzuführen, über das Ziel hinausgeschossen und mit 1 Stimme Majorität dem **Flachszoll** zugestimmt hatte, setzte es den Einführungstermin des neuen Zolles möglichst weit hinaus, auf den 1. Juli 1880, um, wie der Abg. Windthorst erklärte, Gelegenheit zu haben, diesen Zoll noch vor seinem Inkrafttreten wieder zu beseitigen. Ich möchte deshalb anfragen, ob der Abg. Windthorst oder ob die verbündeten Regierungen demnächst einen Antrag auf Aufhebung des Flachszolles einzubringen gedenken.

Bundescommissar Director Burchard: Was der Abg. Windthorst zu thun gedenkt, weiß ich natürlich nicht. Bei den verbündeten Regierungen ist eine Aufhebung des Flachszolls nicht unmittelbar in Aussicht genommen.

Abg. Blum fragt, wann die Vollzugsvorschriften über Anmeldung, Bau und Lager des Tabaks zur Veröffentlichung gelangen. Die auf Zuwiderhandlungen stehenden hohen Strafmaße rechtfertigen das Verlangen, diese Vorschriften möglichst bald kennen zu lernen. Die Bevölkerung könne sich

nur im Winter über diese Vorschriften orientiren, die also noch vor Beginn der ländlichen Arbeiten erlassen werden müßten.

Director **Burchard** erkennt die Wichtigkeit dieser Vorschriften und ihres rechtzeitigen Erscheinens an, namentlich der zunächst nothwendigen über den Bau des Tabaks. Wenn ihre Feststellung bis jetzt noch nicht gelungen sei, so habe das zum Theil an dem fühlbaren Mangel an Arbeitskräften im Reichsschatzamt gelegen. Uebrigens sei bis jetzt noch kein Grund zu klagen, denn die Zeit der Feldbestellung sei noch in keinem tabakbauenden Theile Deutschlands gekommen, und es werde für den Abschluß der Verhandlungen über diese Vorschriften in kürzester Zeit Sorge getragen werden.

Abg. **Windthorst** hat bis jetzt von jedem Schritt zur Wiederaufhebung des Flachszolles abgesehen, weil er die ihm am zweckmäßigsten scheinende Initiative der Regierungen erwartet hat und noch erwartet. Sollte diese nicht eintreten, wird er weitere Schritte erwägen.

Abg. **Richter**: Ich habe nicht daran gezweifelt, daß der Abg. Windthorst in dieser Frage noch auf demselben Standpunkt steht wie im vorigen Sommer. Ich möchte ihn nur bitten, möglichst bald die Initiative zu ergreifen. Es ist nicht gleichgiltig, wann die Leinenindustrie endlich die ihr so nöthige Sicherheit erhält. Ich bin überzeugt, daß unsere heutige Verhandlung bei dieser ganzen Industrie große Bestürzung hervorrufen wird, und es ist unsere Pflicht, die Unsicherheit zu heben, die Sie damals durch Ihren Beschluß herbeigeführt haben.

Abg. v. **Kardorff**: Der Flachszoll hat für die Leinenindustrie gar nicht die ihm vom Abg. Richter, der die Verhältnisse nicht zu kennen scheine, zugemessene Bedeutung.

Abg. **Richter** erwidert, daß die doch gewiß competente Bielefelder Handelskammer sich durchaus in seinem Sinne ausgesprochen habe.

Abg. **Böttcher** giebt zu, daß der Herr Commissar nicht in der Lage sein könne den Reichstag über die Absichten des Reichskanzlers bezüglich des Tabakmonopols aufzuklären, möchte aber doch genaue Auskunft darüber haben, ob und welche Erwägungen in der Monopolfrage innerhalb des Reichsschatzamts stattgefunden haben.

Schatzsecretär **Scholz** hält sich nicht für verpflichtet und ist nicht in der Lage, amtliche Auskunft über das, was im Schoße des Schatzamts etwa Gegenstand einer Erwägung ist, zu geben.

Abg. **Sonnemann** findet die Erklärung des Schatzsecretärs sehr bedauerlich. Sie werde die gehegten Befürchtungen nicht nur nicht zerstreuen, sondern im Gegentheil allgemein die Ansicht erwecken, daß man damit umgehe, das Monopol einzuführen. Es sei schlimm genug, daß man einen so großen Industriezweig, der so viele schlimme Phasen durchgemacht, jetzt neuerdings derart bloßstelle. Das könne den Institutionen des Reichs nicht nützlich sein.

Abg. **Windthorst**: Die Sache ist durch unsere Debatte nicht klarer geworden und ich glaube nicht, daß die Herren Examinatoren mit ihren Anfragen wohl gethan haben. Daß der Schatzsecretär wirklich nicht in der Lage ist, die verlangten Aufklärungen zu geben, liegt auf der Hand. (Ruf links: Nein!) Der Einzige, der Auskunft geben kann, ist der Reichskanzler selbst, und wenn Sie ein Examen anstellen wollen, dann formuliren Sie eine Interpellation. Uebrigens muß man sich doch auch etwas auf sich selbst verlassen. Die Regierungen allein können doch das Monopol nicht einführen, dazu gehört doch auch die Zustimmung des Reichstags. Dieser ist aber im vorigen Jahre lediglich deshalb auf die hohen Steuersätze eingegangen, um diese Materie endlich definitiv zum Abschluß zu bringen. Ich denke, der Reichstag wird sich also nicht so ohne Weiteres zu einer Aenderung bereit finden lassen. Verlassen wir uns auf uns selbst!

Abg. Dr. **Lasker**: Eine gelegentliche Anfrage kann uns keine sichere Auskunft über die Sache verschaffen und wenn das Gerücht sich mit ihr beschäftigt, so leistet die heutige Verhandlung dem nur Vorschub. Was das Verlassen auf den Reichstag betrifft, so bin ich nach den geschichtlichen Vorgängen davon überzeugt, daß, sobald eine Mehrheit im Reichstage für das Tabaksmonopol sich finden wird, es bei der gegenwärtigen Lage der Regierung auch an einem initiativen Antrag nicht fehlen wird. So weit kenne ich schon Charakter und Politik des Herrn Reichskanzlers, welchen ich für diese Ansicht als Regierung zu bezeichnen mir erlaube. Wenn die Besorgniß im Lande doch auf Gerüchte hin erregt werden kann, so muß ich zu meinem großen Bedauern sagen, daß den größten Theil der Schuld daran die unklaren Verhältnisse im Reichstage selbst tragen. Es hat wohl eine Zeit gegeben, in der man schätzen konnte, die Mehrheit des Reichstages hat sich einmal gegen dies und jenes erklärt und werde für einen gegentheiligen Beschluß wahrscheinlich nicht zu gewinnen sein. Dieser Zeitpunkt ist nun leider vorüber (Heiterkeit) und seit den Vorgängen des vorigen Jahres giebt es eine Sicherheit in dieser Beziehung nicht mehr. Ich bin überzeugt, daß die Frage des Tabaksmonopols, wenn sie zur Lösung kommen soll — nicht selbstständig für sich zur Lösung kommen wird, sondern in Combinationen mit anderen, vielleicht sehr fern liegenden Dingen, und das, was ich sage, glaubt man auch im Lande. Sie sehen also, daß nicht durch Fragen von Seite der Regierung die Besorgniß nicht beseitigt worden, sondern allenfalls durch Fragen an anderen Stellen in der Mitte des Reichstages, und da muß ich für meine Person erklären, daß ich auf die bündigste Antwort von dort nicht mich beruhigen werde.

Abg. **Haerle** macht darauf aufmerksam, daß zur Umgehung des Weinzolls frische Weintrauben eingeführt würden, welche zollfrei seien. Ob die Regierung nicht beabsichtige, der Frage näher zu treten, wie dieser Umgehung zu steuern sei, ohne die Einfuhr der wirklich zum Essen bestimmten Trauben zu beschränken?

Director im Reichsschatzamt **Burchard**: Es seien zwar schon Beschwerden laut geworden, die Reichsregierung habe aber noch keine statistischen Erhebungen angestellt.

Abg. **Windthorst**: Ich bin erstaunt über die Aeußerung des Abgeordneten Lasker, daß man in der früheren Majorität des Reichstages leichter habe voraussehen können, was derselbe thun werde. Als Herr Lasker mit seinen Freunden die Majorität hatte, konnte man von einer Lösung zur anderen nicht wissen, was die Herren beschließen würden. (Sehr richtig!) Das war die Sicherheit der Vergangenheit! In Zukunft gewährt die Majorität, welche die Zollpolitik beschlossen hat, eine größere Sicherheit, da sie auf festerer Basis der Ueberzeugung beruht. Daraus folgt nicht, daß diese Majorität auch auf allen anderen Gebieten dieselbe sein wird, es gilt das nur für das wirthschaftliche Gebiet, also auch für das Tabaksmonopol. Lasker's Zweifel scheint mir also wenig angebracht. Ich werde mich freuen, wenn die neue Fraction Lasker mehr Festigkeit entwickelt, als die frühere.

Abg. **Lasker**: Alles, was der Reichstag seit seinem Bestehen gethan, ist aus einem einheitlichen Guß und hält die geschichtliche Probe aus. Man kann nur Einzelheiten zu dialectischen Zwecken für das Gegentheil aufführen. Deutschland kann sich Glück wünschen, wenn die neue Majorität ihre Politik mit gleicher Consequenz verfolgt, wie die frühere.

Abg. **Gräßner** will als „competenter Sachverständiger" constatiren, daß die Leinenindustrie nicht daran denke, für Aufhebung des Flachszolls auf die Schutzzölle zu verzichten. Dreiviertel der Vortheile des Schutzzolles gehen allerdings durch den Flachszoll verloren und die Leinenindustrie sehne sich im Allgemeinen nach Aufhebung des Flachszolles.

Hierauf wird das Capitel nach Rickert's Antrage der Budgetcommission überwiesen.

Die Einnahmen aus dem **Spielkartenstempel** werden ohne Discussion genehmigt.

Beim Etat der **Wechselstempelsteuer** macht der Abg. **Zimmermann** darauf aufmerksam, daß die Bestimmungen über die Cassation der Stempelmarken so verwickelt und unverständlich seien, daß man sich nur mit Mühe hineinarbeiten könne, und daß häufig die Interessenten aus ihrer Unkenntniß Nachtheile erlitten.

Commissar des Bundesraths **Neumann** erklärt, daß die umfangreichen Erhebungen über die Frage einer Aenderung der Vorschriften für die Cassation der Stempelmarken noch nicht zum Abschluß gekommen seien.

Hierauf wird die Position, und ebenso die Einnahme aus der **statistischen Gebühr** ohne Discussion genehmigt.

Es folgt der Etat des **Bankwesens**.

Zu Cap. 5, Tit. 1, nimmt das Wort der Präsident der Reichsbank **von Dechend**: Der Abg. Bamberger hat in einer der letzten Sitzungen der Reichsbank gedacht und einzelne Vorgänge in der Verwaltung derselben für nicht unbedenklich erklärt. Es ist von Wichtigkeit für das ganze Land, ob die Reichsbank noch nach den alten, soliden Grundsätzen verwaltet wird, die ihren Ruf begründet haben. Ich versichere, daß ich von der Nothwendigkeit strenger und solider Geschäftsprincipien der Bank nicht weniger durchdrungen bin als der Abg. Bamberger, ich habe diese Grundsätze seit 30 Jahren festgehalten, und ihnen verdanken wir es, daß die Bank alle Krisen und drei Kriege ohne Schaden überstanden hat. Man hat einen Vorwurf daraus erhoben, daß die Bank Wechsel unter dem Discontsatze ankaufe. Ist es denn unzulässig, wenn die Bank Wechsel allerersten Ranges als Portefeuille hat? Die Noten der Bank sind mit 41 pCt. durch Metall gedeckt, worunter allerdings ein Theil Silber ist. Die Fonds sind in besten Wechseln und Lombardpapieren angelegt, die in drei Monaten verfallen. Trotz aller Erfahrung besitzt die Bank keine Effecten, um ihre Fonds für den Fall der Noth sofort flüssig zu haben. Ich denke, da kann von einer unsoliden Verwaltung nicht die Rede sein. Ueber die Frage, ob es zweckmäßig ist, zwischen Wechseln allerersten Ranges und solchen kleinerer und mittlerer Firmen einen Unterschied zu machen, wird der Reichstag wohl nicht entscheiden wollen. Die Frage ist von mir genau geprüft worden, im Interesse des Banquiers liegt unser Verfahren allerdings nicht, die Kreise aber, die für die Reichsbank Interesse haben, billigen es, da es das einzige Mittel ist, die Bank in den Besitz guter Wechsel zu bringen. Bamberger kann doch nicht verlangen, daß sich seiner Autorität alle Anderen unterordnen. Ungehörig wäre es allerdings, wenn die Bank solche Wechsel aufsuchte, sollte das von einer oder der andern Bankstelle geschehen sein, so würde ich sofort Remedur eintreten lassen. Ich schließe mit dem Wunsche, daß der Abg. Bamberger seine Bedenken mildere und anerkenne, daß die Bank noch ebenso solide ist wie früher. (Beifall rechts.)

Abg. **Bamberger**: Ich nehme in dieser Sache durchaus keine Autorität in Anspruch, die gegenüber der des Bankpräsidenten ins Gewicht fallen könnte. Ich nehme nur die Autorität in Anspruch, daß ich einigermaßen competent darüber urtheilen kann, welchen Sinn wir mit unserer Bank- und Münzgesetzgebung verbunden haben. Ich mußte den Gegenstand in Verbindung mit der Münzfrage in Anregung bringen, vor Allem weil ich die Anwesenheit des Chefs der Bank wünschte, damit er selbst die verschiedenen beunruhigenden Auslegungen bespreche und Aufklärung über die Sache verbreite. Ich bin mit dem Reichsbankpräsidenten nicht darin einverstanden, daß es angezeigt war, eine gewisse Concurrenz, die sich in dem Aufnehmen von discontirbaren Papieren in Deutschland gezeigt hat, durch die Reichsbank aus dem Felde zu schlagen. Wenn ich richtig verstanden habe, bezog sich die Aeußerung des Reichsbankpräsidenten wesentlich auf fremde Bankinstitute. Mir ist mitgetheilt, daß die belgische und die österreichische Bank Geld zur Discontirung von Wechseln in Deutschland anlegten und unsere Bank sich sagte, sie könne diese Geschäfte selbst machen. Die Reichsbank hat nicht den Zweck, die auf diese Weise sich anbietenden Capitalien vom deutschen Markt fortzuweisen. Die Bank hat den Zweck, einen Rückhalt für die Geldbewegung des Landes zu schaffen, nicht aber, einer gewissen Anzahl von Actionären Dividende zu geben. Wir haben die Bank so angelegt, daß sie Dreiviertel der Emission von Papiernoten in Deutschland hat, daß in gegebener Zeit das gesammte Monopol der Ausgabe fictiver Werthzeichen ihr zufallen sollte. Haben wir dies gethan, um die Emissionsfähigkeit zur Erzielung hoher Dividenden auszunutzen? Durchaus nicht. Die Papiergeldemission ist nur ein elastisches Hilfsmittel für den Verkehr da, wo andere Mittel nicht mehr ausreichen. Weil wir diese Elasticität außerordentlich vorsichtig organisiren wollten, ist der Apparat der Emissionsfähigkeit eingeschränkt. Dieser Apparat würde seinen Zweck verfehlen, wenn er ein Zinsen bringendes Capital schaffen sollte.

Aus der Erklärung des Bankpräsidenten schien mir hervorzugehen, daß er die fremden Banken das Geld nicht verdienen lassen wollte, was seine eigene Bank verdienen konnte. Wir haben nur für die Solidität unserer Bank zu sorgen, nicht für die der fremden. So lange das Privat-Capital bereit ist, Credit zu geben, muß sich die Reichsbank in der Reserve halten und warten, bis man zu ihr kommt. Was den Unterschied zwischen Wechseln sehr großer Firmen und dem kleineren Verkehr betrifft, so würde ich als Dirigent einer Bank bei einer ganzen Menge von Wechseln des kleinen Verkehrs eben so ruhig sein, wie bei den Tratten der meisten großen Häuser. Ich glaube, daß es nicht schadet, wenn Wechsel großer Häuser unter dem Bankzinsfuße nicht an die Bank, sondern in andere Hände übergehen. Wenn unser Bankschatz höher stände, als unsere Noten-Emission, so würden die Actionäre schlechte Geschäfte machen, aber die Solidität der Bank keinen Schaden leiden. Ich glaube, der Bankpräsident wird mit mir darin einig sein, daß wir die wahre Probe auf die Güte unserer Bankgesetzgebung noch nicht gemacht haben. (Sehr richtig!) Wir haben durch den Rückgang der Geschäfte immer Geldüberfluß gehabt, Geldkrisen haben wir seit dem Bestehen des Bankgesetzes noch nicht durchgemacht. Um so mehr ist es angezeigt, die Manipulationen der Reichsbank, über welche vielfach nicht ohne Grund Beschwerde erhoben wird, zu besprechen.

Bankpräsident v. **Dechend**: Ich habe es niemals zum Zwecke der Verwaltung der Reichsbank gemacht, eine hohe Dividende zu erzielen; es ist doch aber nicht zu verlangen, daß wir diesen Punkt ganz außer Acht lassen, gar nicht an die Interessen des Reichs und der Actionäre denken und das Geld nutzlos im Kasten liegen lassen, nur weil etwa in zehn oder zwanzig Jahren ein Krieg ausbrechen könnte. Für diesen Fall hat ja der Reichstag noch für andere Fonds gesorgt. Wollte ich nach den eben von der anderen Seite proclamirten Grundsätzen die Bank verwalten, so würde ich eine Dividende erzielen, die kaum den mäßigsten Ansprüchen genügen dürfte. Nach meiner Auffassung haben die Discussionen im Reichstage über solche Fragen kein Resultat; die Bankverwaltung verdient nach wie vor das vollste Vertrauen.

Abg. **Sonnemann**: Ich bedauere, daß ich dem Wunsche des Bankpräsidenten, die Debatte abzuschließen, nicht entsprechen kann. Ich hatte mir vorgenommen, einige andere die Reichsbank betreffende Fragen zur Sprache zu bringen, kann aber auch die letzten Ausführungen des Bankpräsidenten nicht unerwidert lassen. Im Allgemeinen erkenne ich an, daß die Verwaltung der Reichsbank eine solide und vorsichtige gewesen ist; allein es machen gewisse Vorgänge auf mich den Eindruck, als sei die Leitung der Bank einigermaßen ins Schwanken gekommen, wobei ich zunächst nicht untersuchen will, ob die vorgekommenen Fehler mehr der Centralverwaltung oder einzelnen Zweiganstalten oder untergeordneten Organen zur Last fallen. Aus dem Etat geht hervor, daß das Erträgniß der Bank pro 1879 mit 600,000 Mk. niedriger eingestellt ist als 1878. Theilweise ist dies dem niedrigeren Zinsfuße zuzuschreiben. Der durchschnittliche Discont war 1879 3,69 Procent, dagegen 1878 4,34 Procent. Theilweise aber auch wird das Mindererträgniß durch die großen Verluste entstanden sein, welche die Bank in Dortmund und Bochum erlitten hat.

Es ist auffallend, daß solche große Verluste gerade im abgelaufenen Jahre vorgekommen sind. Während der Krisis 1874—77 würde man sich darüber weniger gewundert haben. Aber gerade in dem Augenblick, in welchem die Krisis beendet ist, in welchem die Geschäfte wieder aufleben, hat das Vorkommniß allerdings etwas Befremdliches. Es ist behauptet worden, daß eine ungenügende Controle stattgefunden habe, daß es an Personal gefehlt habe, daß überhaupt die Leitung der betreffenden Zweig-Anstalten eine wenig vorsichtige gewesen sei. Ich möchte daher die Frage stellen: Welche Verluste sind in jenem Bezirk erlitten worden, und welchen besonderen Ursachen sind dieselben zuzuschreiben? Der zweite Punkt bringt mich auf die schon von anderer Seite berührte Frage, ob die Reichsbank sich in der neuesten Zeit bemüht habe, anderen eine über ihren Zweck hinausgehende Concurrenz zu machen oder ihre Concurrenten überhaupt möglichst unschädlich zu machen. Ich komme hier auf das Verhältniß zwischen der Reichsbank und den Privatnotenbanken. Das Bankgesetz von 1875 schließt zwischen den Privatbanken und der Reichsbank eine Art von Waffenstillstand auf 15 Jahre. Die Privatnotenbanken sollten in ihrer Existenz nicht weiter beeinträchtigt werden, als es im allgemeinen Interesse des Reichs und des Verkehrs nothwendig ist. Der Gedanke, welcher damals die Gesetzgebung leitete, ist, wie mir scheint, am Klarsten ausgesprochen in einer Bemerkung, welche der damalige Präsident des Reichskanzleramts, Delbrück, damals gemacht hat. Er sagte: „Es ist ja ganz unverkennbar, daß die bestehenden Banken der Industrie unter den jetzigen Zuständen gute Dienste geleistet haben und es liegt dem Bank-Gesetzentwurfe fern, diese Dienste in Zukunft in irgend einer Weise einzuschränken, wenn nicht zwingende Verhältnisse obwalten". Die Absicht des ganzen Bankgesetzes war, die Privatbanken innerhalb des neu geschaffenen Rahmens, vorläufig bis 1891, zu erhalten. Nun hat die Reichsbank nach Art. 19 des Gesetzes das Recht und die Pflicht, die in ihren Besitz gelangenden Noten der Privatbanken zur Einlösung zu präsentiren. Im Anfange hat die Bankverwaltung etwa alle acht Tage die Noten der Privatbanken präsentirt. Plötzlich erfolgte eine allgemeine Weisung, die jeden Tag eingehenden Noten zu präsentiren.

Auch darüber hat man kein Recht, sich zu beschweren, wenn auch eine gewisse Härte darin liegen mag. Aber seit Mitte 1879 hat die Reichsbank auch diese Praxis wieder geändert. Sie läßt nunmehr die Noten bald in kleineren, bald in größeren Zeitabschnitten präsentiren, und erhält dieselben dadurch immer in der Besorgniß und Ungewißheit über die Summe, welche in Händen der Reichsbank ist. Dies ist ein großes Hinderniß für den Geschäftsverkehr der Privatbanken. Ich habe mich bei den verschiedensten Anstalten erkundigt. Die Wahrnehmungen sind mehr oder weniger überall die nämlichen. Häufig macht man einer Bank Auszahlungen ohne die im Besitze der Reichsbank befindlichen Noten herauszugeben, kommt aber am folgenden Tage mit einem viel größeren Notenbetrag. (Hört! Hört!) Ich könnte noch eine Reihe von ähnlichen Fällen aus den verschiedensten Verhältnissen anführen. Eine gewisse Absicht ist dabei unmöglich zu verkennen. Man bezweckt damit, den naturgemäßen Geschäftsverkehr der Privatbanken noch mehr einzuengen, als dies durch das Gesetz von selbst geschieht, und will ihnen damit so früh als möglich das Lebenslicht ausblasen. Das wäre aber keine loyale Durchführung des Bankgesetzes. Ich möchte den Bankpräsidenten bitten, über die Anordnungen, welche gegenwärtig in dieser Hinsicht getroffen sind, Auskunft zu ertheilen. Der dritte Punkt betrifft die im November vorigen Jahres plötzlich erfolgte Erhöhung des Einkaufspreises für Gold. Damals wurde der Kaufpreis, welcher gesetzlich 1392 Mark ist, plötzlich für Beträge über ½ Mill. Mark auf 1393, für Beträge über 2 Mill. Mark auf 1393½ erhöht. Die Sache wurde einige Tage sehr geheim gehalten und kam erst durch ein Pariser Blatt in die Oeffentlichkeit. Daß man eine so wichtige Maßregel erst aus einem ausländischen Blatte ersehe, daß sie überdies eine auffallende Begünstigung einiger mächtiger Bankhäuser in sich schloß, wird nicht in Abrede zu stellen sein.

Vorübergehend will ich nur noch der bereits im Abgeordnetenhause erwähnten Angelegenheit erwähnen, welche die Versendung von Circularen der Berliner Handelsgesellschaft, betreffend die Aufforderung an die Actionäre der Potsdamer Bahn mit dem Siegel der Reichsbank versehen, betrifft. Es scheint mir absolut außerhalb der Aufgabe der Reichsbank zu liegen, ihre Mitwirkung zu solchen Manipulationen herzugeben. Ich bin, wie bekannt, kein Gegner der Eisenbahnpolitik, welche Seitens der preußischen Regierung eingeschlagen worden ist. Allein ich kann mich darum doch nicht mit allen Einzelheiten befreunden, welche bei der Durchführung vorgekommen sind. Was die Veränderungen betrifft, welche der Bankausschuß am 23. Januar d. J. gutgeheißen hat, so scheinen sie mir theilweise generell gerechtfertigt, theilweise nicht angemessen zu sein. Was mir aber am ungerechtfertigsten zu sein scheint, das ist der Augenblick, in welchem diese Maßregeln in Kraft gesetzt worden sind. Warum hat man nicht während der lange andauernden industriellen Krisis für den Geldmarkt Erleichterung getroffen? Warum hat man gerade den Zeitpunkt einer aufgeregten Börsenspeculation gewählt, um das Geld der Speculation leichter zugänglich zu machen? Von den einzelnen Neuerungen ist die Erleichterung im Lombardverkehr die wenigst anfechtbare, weil der billigere Zinsfuß ein Aequivalent in der festen Zeit findet, auf welche diese Darlehne abgeschlossen werden. Was die Discontirung von Wechseln betrifft, welche von Banquier auf Banquier gezogen sind, so war eine Aenderung hier nicht absolut geboten. Die Discontirung von Wechseln unter Banksatz ist zwar durch den Bundesrath genehmigt worden, scheint mir aber, besonders durch die Art, wie sie ausgeführt wird, für die Bank und den Geldmarkt sehr bedenklich zu sein. Als dieser Beschluß gefaßt wurde, habe ich mir gedacht, daß er sehr vorsichtig ausgeführt werden würde, und daß namentlich die Bank niemals sich zu weit vom officiellen Satz entfernen oder gar unter den Discontosatz von Paris und London herunter gehen würde. Dies ist aber in den letzten Tagen der Fall gewesen.

Während der Banksatz 4 pCt. ist, während in London und Paris das Privatdisconto 2½ pCt. ist, soll die Reichsbank zu 2 pCt., ja zu 1½ pCt. discontirt haben. Während also der Banquier am Börsenplatze seine Wechsel zu 1½ pCt. bis 2 pCt. anbringt, muß gleichzeitig der Industrielle, der Kaufmann in der Provinz 4 pCt. bezahlen. Wäre die Bank genöthigt, ihren Disconto zu erhöhen, so müßten die Creditsuchenden vielleicht 5—6 pCt. bezahlen, während kurz vorher das Bankportefeuille zu 1½—2 pCt. gefüllt worden ist. Solche Dinge dürften bei einem unter der Controle der Regierung stehenden Bankinstitut, welches vor Allem die Währung aufrecht zu erhalten hat, nicht vorkommen. Der Herr Bankpräsident hat sich vorher darauf berufen, daß eine zu große Notenreserve vorhanden sei, daß man gewissermaßen in Verlegenheit sei, wie man das Geld anlegen soll. Nach meinen Notizen ist die Reserve am 15. Februar d. J. um 82 Millionen kleiner, als am 15. Februar 1879. Erwägen Sie, daß die Deckung nicht vollständig aus Gold besteht, so wird die gegenseitige Deckung gar nicht sehr hoch genannt werden können. Wenn gesagt wird, daß ausländische Banken uns die Wechsel wegnehmen, so beklage ich das gar nicht. Es ist ein großer Vortheil für uns, ein Vortheil, den wir der Goldwährung verdanken, wenn das Ausland uns seine Capitalien zu billigen Zinsen zur Verfügung stellt. Das sollte die Reichsbank aus ihrer ruhigen und vorsichtigen Thätigkeit nicht herausbringen. Ich komme nun zu den Wirkungen der am 23. Januar erlassenen Maßregel. Damals waren die Course der Staatspapiere und Actien schon sehr hoch gestiegen; aber gerade die — ich sage nicht in dieser Absicht erlassene — Maßregel hat neues Oel ins Feuer gegossen und die Speculation unterstützt, die nun noch einmal, und zwar in der wildesten Weise vorging.

Ein vor mir liegendes Schreiben eines süddeutschen Kaufmanns, der kein Banquier ist, betont, daß nach seiner Erfahrung der solide Geschäftsmann durch den abnorm niedrigen Zinsfuß der Reichsbank von seiner ruhigen Bahn abgelenkt und in den Strudel des gefährlichsten Schwindels gerissen wird. Schon einmal wurde eine ähnliche Ueberstürzung herbeigeführt, nämlich im Jahre 1872, als großartige Kündigungen von Staatsanleihen, großartige Ausmünzung von neuem Gelde, während das alte noch im Verkehr blieb, und eine Reihe von ähnlichen Maßregeln gleichzeitig eintraten. Die fatale Wirkung des Zusammenflusses derartiger Dinge auf den Geldmarkt und die darauf gefolgte Krisis müßten uns doppelt vorsichtig machen, und deshalb beklage ich es sehr, daß gerade in der jetzigen Zeit die Bankverwaltung nicht nur derartige Maßregeln ergriffen hat, sondern dieselben auch noch in so weitgehender Weise ausführt. Man hört hier sowohl vom Regierungstisch herab wie im Reichstag gegen die Börse eifern und doch scheinen die von den gegenwärtigen Kammermehrheiten und die von der Regierung getroffenen Maßregeln oft gerade für die Börse berechnet zu sein. So ist der überaus größte Theil des durch die neue Zollpolitik geschaffenen Vortheils nur der Börse dem Großcapital und der Speculation zu gute gekommen. Ebenso steht es mit den Vortheilen der Verstaatlichung der Eisenbahnen und auch jetzt mit den Maßregeln der Bankpolitik, die vielleicht sehr gut gemeint sind, aber durch ihre Organe jedenfalls nicht so ausgeführt sind, wie es im Interesse einer gesunden Bankpolitik geschehen mußte. Der Satz: handelt nach meinen Worten, aber nicht nach meinen Thaten, erscheint hier umgewandelt in: Handelt nach meinen Thaten und kümmert Euch nicht um unsere Worte. Ich hoffe, daß die Bankverwaltung meine Fragen in befriedigender Weise beantwortet und daß der Geist, der die Reichsbank von ihrer Gründung an bis zum vorigen Jahre durchweht hat, auch fernerhin ihr leitender bleibe. (Lebhafter Beifall links.)

Bank-Präsident v. **Dechend**: Dem zuletzt geäußerten Wunsche des Vorredners werde er, soweit es in seinen Kräften stehe, nachkommen. Es sei zu verwundern, daß ein so gleichgiltiger und unbedeutender Gegenstand, wie die Versendung der Circulare der „Berliner Handelsgesellschaft" unter dem Siegel der Reichsbank das preußische Abgeordnetenhaus beschäftigt habe und jetzt noch den Reichstag beschäftige. Es sei ja schon im Abgeordnetenhause erklärt worden, daß lediglich durch das Versehen eines untergeordneten Beamten der Stempel der Reichsbank auf die Couverts der Handelsgesellschaft gekommen sei. Der Beamte habe damit, daß er die Circulare versendete, lediglich seine Pflicht gethan, er hätte nur nicht die Couverts der Handelsgesellschaft mit der Siegelmarke der Reichsbank versehen sollen. Die Verluste der Bank in Dortmund seien allerdings thatsächlich erfolgt, doch dürfe man hoffen, daß noch für einen Theil derselben sich Deckung ergeben werde, man habe nur nach dem bestehenden Prinzip alle am Verfalltage nicht eingelösten Wechsel zunächst sofort auf das Verlustconto übertragen.

Abg. **Windthorst**: Die Antwort des Bankpräsidenten auf die Klagen der unregelmäßigen Präsentation der Privatbanknoten war nicht klargenug. Was heißt eine rasche Expedition? Es scheint, daß man den legitimen Geschäftskreis der Privatbanken beschränken will, dadurch, daß man ihnen durch eine unregelmäßige und massenweise Präsentation ihrer Banknoten Verlegenheiten bereitet. Man sperrt zu diesem Zwecke ihre Noten eine Zeit lang ein, obwohl sich eine Privatbank dazu erboten hat, die Portokosten für eine regelmäßige Präsentation ihrer Noten zu tragen.

Bankpräsident v. **Dechend**: Wenn die letzte Thatsache richtig wäre, dann würde allerdings ein begründeter Vorwurf die Reichsbank treffen. Aber das ist nicht der Fall, die Reichsbank hat den Privatbanken wiederholt angedeutet, daß eine tägliche Präsentation ihrer Banknoten erfolgen würde, wenn sie die Portokosten dafür tragen; das wollen die Privatbanken nicht, und die Reichsbank allein kann das erhebliche Porto dafür nicht allein tragen. Keineswegs liegt es aber in ihrer Absicht, auf die vom Vorredner angedeutete Weise die Privatbanken zu schädigen.

Abg. **Meier** (Schaumburg-Lippe) bestätigt als Präsident der Bremer Bank die Ausführungen des Bankpräsidenten. Es ist nicht die Absicht der Reichsbank, den Privatbanken durch eine unregelmäßige Präsentation größerer Summen ihrer Noten Verlegenheiten zu bereiten. Obwohl es den Privatbanken unbequem ist, muß ich es doch als ein legitimes Interesse der Reichsbank erachten, Wechsel ersten Ranges auch unter ihrem festen Discontsatze zu kaufen. Derartige Sachen empfehlen sich überhaupt nicht zur Erörterung in diesem Hause.

Abg. **Sonnemann**: In anderen Ländern erfolgt die Festsetzung des Goldpreises öffentlich. Das könnte auch bei uns geschehen. Der Bankpräsident hat meine Frage nach den speciellen Ursachen der Verluste in Bochum und Dortmund nicht beantwortet. Der einzig richtige Weg in Betreff der Privat-Banknoten wäre der Austausch immer einen Tag nach der Veröffentlichung der Bankausweise, also fast jede Woche. Dadurch würden auch die Bankausweise zuverlässiger.

Abg. **Windthorst**: Ich habe von der ganzen Debatte den Eindruck, daß es nicht gut war, die Reichsbank als ein Actien-Unternehmen zu construiren. Das Interesse, hohe Dividenden zu erzielen, tritt dadurch allzu sehr in den Vordergrund. Ich hoffe, daß den ausgesprochenen Intentionen des Bankpräsidenten gemäß die Noten der Privatbanken jetzt regelmäßig

präsentirt werden, damit jeder Schein vermieden werde, als suche die Reichsbank ihnen Verlegenheiten zu bereiten.

Abg. Dr. Bamberger: Seit Erlaß des Bankgesetzes, seit dem Jahre 1875 ist die Handhabung desselben hier niemals ausführlich zur Sprache gekommen, und deshalb halte ich es im Interesse der Bank wie des Publikums für außerordentlich wünschenswerth, daß einmal die hier interessirenden Punkte zur Sprache gebracht werden. Hier muß ich entschieden meinem Freunde Meier widersprechen, wenn er in dem Zursprachebringen dieser Gegenstände etwas Ungehöriges finden will. Auch im Punkte der Discontopolitik kann ich ihm nicht zustimmen. Ich habe zwar gestern erklärt, daß ich nicht ein Anhänger der striktesten Observanz bin, an die der Reichsbank, nachdem es anderen Banken gestattet worden ist, nicht grundsätzlich zum Vorwurf machen werde, wenn sie einmal unter den officiellen Banksatz heruntergeht. Ich habe nur dagegen Verwahrung einlegen wollen, daß man sich allzu kühn auf diese Bahn einläßt, ich habe mich verwahrt gegen einen Ehrgeiz, der in die Bankdirection fahren könnte, möglichst viele Geschäfte zu machen, [illegible] Alles an sich zu ziehen und mit Jedem, der irgend in der Lage sein sollte, billiges Geld auf den Markt zu werfen, mit noch billigerem Gelde zu concurriren. Was die Aeußerung des Abg. Windthorst betrifft, so bin ich erstaunt, daß der sonst so scharfsinnige Herr zu solchen Bemerkungen gekommen ist. Er meint, daß diese Schäden nicht entstanden wären, wenn statt einer Actiengesellschaft eine rein fiscalische Bank gebildet worden wäre. Nach meiner Meinung kann es keinem Zweifel unterliegen, daß bei dem Betriebe des Finanzministers, die Bank zu einer möglichst guten Einnahmequelle zu machen, die Gefahr dann eine drei- oder vierfach größere gewesen wäre. Es war gewiß ein durchaus richtiger Gedanke, eine Actiengesellschaft zu bilden, welche der Staat in seiner Hand hat und die er nicht in die Gefahr bringt, in der Wahrnehmung der eigenen Interessen die allgemeinen Verkehrsinteressen in Gefahr zu bringen.

Abg. v. Kardorff: Es wäre besser gewesen, wenn man, statt die Bank zu einem reinen Actienunternehmen zu machen, bei Berathung des Bankgesetzes den von mir unterstützten Antrag v. Minnigerode angenommen hätte, nach welchem das System der Preußischen Bank auf die Reichsbank übertragen werden sollte.

Der Etat des Bankwesens wird darauf bewilligt.

Abg. Klotz beantragt: die Geschäftsordnungs-Commission sofort beauftragt werden, zu prüfen, ob auf Grund des Art. 21 der Verfassung die Mandate der im Justizdienste beförderten Abgg. Bahr (Kassel), v. Geß, v. Grävenitz, Thilo und Saro erloschen sind.

Das Haus beschließt die Dringlichkeit für diesen Antrag und nimmt ihn an.

Schluß 4 Uhr. Nächste Sitzung Freitag 12 Uhr. (Interpellationen v. Bernuth und Stumm.)

Berlin, 25. Februar. [Amtliches.] Se. Majestät der König hat auf den Vorschlag Ihrer Majestät der Kaiserin und Königin und des Capitels der zweiten Abtheilung des Luisenordens dem Fräulein Marie von Kramsta, Rittergutsbesitzerin auf Muhrau im Kreise Striegau, die erste Klasse des Luisen-Ordens zweiter Abtheilung mit der Jahreszahl 1865 verliehen.

Se. Majestät der König hat den Regierungs- und Schulrath Bayer in Wiesbaden zugleich zum Consistorialrath und Mitglied des dortigen Consistoriums ernannt, sowie dem Schlächtermeister Richard Rehmenklau zu Metz das Prädikat eines Königlichen Hof-Schlächtermeisters verliehen.

Se. Majestät der König hat den bisherigen technischen Hülfsarbeiter bei der Kaiserl. Normaleichungscommission Dr. Löwenherz zum Kaiserlichen Regierungsrath ernannt.

Der ordentliche Lehrer Dr. Damus an der St. Petri-Realschule zu Danzig ist zum Oberlehrer befördert worden.

Berlin, 25. Febr. [Se. Majestät der Kaiser und König] nahm heute den Vortrag des Chefs des Civilcabinets, Wirklichen Geheimen Raths von Wilmowski, entgegen.

[Ihre Majestät die Kaiserin und Königin] wurde gestern in Neustrelitz von der Großherzoglichen Familie auf das Herzlichste bewillkommnet. Die Bevölkerung betheiligte sich an diesem Empfange auf der Fahrt nach dem Schlosse und später nach dem Palais Sr. königlichen Hoheit des Erbgroßherzogs, wo der feierliche Taufact vollzogen wurde. Ihre Majestät reiste um 4 Uhr von Neu-Strelitz wieder ab und traf um 6 Uhr in Berlin ein. — Heute findet im königlichen Palais ein größeres Diner zu Ehren Sr. kaiserlichen Hoheit des Großfürsten Nicolaus von Rußland statt. (R.-Anz.)

= **Berlin**, 25. Februar. [Bundesrath.] Der Bundesrath wird morgen eine Plenarsitzung halten, in welcher auch der Entwurf eines Gesetzes gegen den Wucher eingebracht werden soll. Der Wortlaut liegt noch nicht vor; ebenso wenig sind bis jetzt weitere Steuergesetze erschienen und gegentheilige Nachrichten daher falsch.

Berlin, 25. Februar. [Der Reichskanzler und die moskowitischen Zettelungen.] Es wird wohl gerechtfertigt sein, von dem Unmuth zu sprechen, den Fürst Bismarck über das Dementi empfinden soll, welches der „Krieg-in-Sicht"-Artikel der „N. A. Z." schon nach 24 Stunden in den Spalten desselben officiösen Blattes erhalten hat. Sagt man doch, daß er das Erscheinen dieser von hoher militärischer Seite kommenden Widerlegung nicht verhindern konnte, daß aber binnen Kurzem ein diplomatisches Actenstück veröffentlicht werden soll, welches prägnanter als alle Journalartikel die Besorgnisse über die kriegerischen Rüstungen Rußlands begründen wird. Es handelt sich darum, den Officiösen die Grundlage zu einem zweiten „Krieg-in-Sicht"-Artikel zu bieten, welcher die „Moskowiten" an einflußreicher Stelle belehren soll, daß ihre technisch militärischen Erwägungen gegenüber den weitaussehenden diplomatischen Berechnungen des Reichskanzlers in der Luft schweben und daß sie mit ihren Desaveus nicht seine antirussische Politik zur Umkehr zwingen können. Wenn diese Politik schon im Herbst v. J. bis zu dem Punkte gediehen, daß die Truppenanhäufungen Rußlands an unserer Ostgrenze ähnliche Maßnahmen unsererseits beinahe veranlaßt hatten, so ist es erklärlich, daß der leitende Staatsmann jetzt, wo sich die Situation in Rußland noch mehr complicirt hat, darüber erregt ist, die Wiener Abmachungen aus verwandtschaftlichen Rücksichten gekreuzt zu sehen. Die heutige „Prov.-Corr." hätte nicht erst die kriegerischen Gelüste der Panslavisten zu betonen brauchen, um deutlich diejenigen Kreise in Petersburg zu bezeichnen, welche in einer Offensiv-Allianz mit Frankreich das einzige Heilmittel der inneren Schäden ihres Landes erblicken. Den eigentlichen Kern des Dilemmas bezeichnet aber auch dies halbamtliche Blatt nicht. Fürst Bismarck kann nicht mit den Panslavisten und Nihilisten wünschen, daß Czar Alexander dem Throne entsagt, wohl aber, daß der eigentliche Antagonist der deutschen Politik, Fürst Gortschakoff, vom Ruder zurücktritt. Freilich sind seit gestern von hier lebenden Russen Gerüchte über die Entlassung des russischen Kanzlers und die Erhebung Schuwaloffs auf seinen Platz in Umlauf gesetzt worden, aber wir haben an sonst unterrichteter Stelle keine Bestätigung derselben gefunden. Bürge dafür, daß keine so nahe Lösung der beklemmenden Situation in Petersburg bevorsteht, dürften die Besorgnisse sein, welchen man sich in der Umgebung des hiesigen Hofes über die weiteren Ereignisse in unserem Nachbarstaat hingiebt. Schon aus diesem Grunde möchte man unter den persönlichen Freunden und Anhängern des Czar Alexander wünschen, daß der Gast unseres Kaisers, Großfürst Nikolaus, den Eindruck von hier mitnimmt, den deutschen Rüstungen wohne ebensowenig eine aggressive Tendenz bei, wie man dieselbe hier den russischen Grenzbefestigungen zuschreibe. Inwieweit Fürst Bismarck diesen Auffassungen zustimmt, läßt sich augenblicklich noch nicht übersehen.

[Die Reglements für die Königliche mechanisch-technische Versuchsanstalt, die chemisch-technische Versuchsanstalt und die Prüfungsstation für Baumaterialien in Berlin] werden im „Reichs-Anzeiger" publicirt.

Oesterreich.

W. **Von der österreichischen Grenze**, 23. Febr. [Schülers Fallissement. — Inbetriebsetzung von Hüttenwerken. — Höhere Lehranstalten.] Das Fallissement des Hauses C. R. O. Schüler in Troppau hat nicht nur zahlreiche Familien und kleine Leute um ihre Ersparnisse gebracht, sondern auch den wohlhabenden 82jährigen Particulier C. Demel daselbst zum Selbstmorde veranlaßt. Der Unglückliche konnte den erlittenen, verhältnißmäßig geringen Verlust nicht verwinden. — Trotz ungünstiger Witterung wurde während des Monats Februar an den Erdaushebungen und Anschüttungen der vom Staate auszuführenden Bahn Erbersdorf-Würbenthal fleißig gearbeitet, so daß man der Betriebseröffnung der ca. 20 Kilometer langen Strecke zum October d. J. entgegensehen kann. Für die wirthschaftlichen Verhältnisse sowohl des Besitz- als des Arbeiterstandes eröffnet sich damit eine sehnlichst erhoffte bessere Aera. Die seit Jahren außer Betrieb gesetzten Hoch- und Deutschmeisterschen Hüttenwerke in Ludwigsthal sind nämlich auf 15 Jahre an die Familie Grohmann in Würbenthal dieser Tage verpachtet worden; ihre Inbetriebnahme steht demnächst bevor. Man darf erwarten, daß infolge dessen die Neigung zum Auswandern sich vermindern werde. — An dem Staats-Obergymnasium zu Weidenau zählen Französisch, Böhmisch, Stenographie, Zeichnen, Gesang und Turnen zu den nicht obligaten Unterrichtsgegenständen; die Thatsache indeß, daß diese freien Gegenstände seitens der Schüler stark frequentirt werden und der sechste Theil der letzteren gelegentlich des Mitte d. Mts. stattgehabten Semesterschlusses Vorzugszeugnisse erhielten, stellen die Leistungen der Anstalt in ein besonders günstiges Licht. In gleicher Weise erfreut sich die staatlicherseits gegründete landwirthschaftliche Lehranstalt zu Ober-Hermsdorf eines guten Rufes und zunehmender Frequenz. Sämmtliche Schüler wohnen gleich den Professoren in der Anstalt und speisen gemeinschaftlich, indem das Institut in ziemlicher Entfernung von den nächsten Ortschaften Hermsdorf und Barzdorf auf einer Vorhöhe des Grenzgebirgszuges liegt. Im Laufe des vorigen Jahres erfuhr es namhafte Erweiterungen.

Provinzial-Zeitung.

μ. **Breslau**, 23. Februar. [Rechte-Oder-Ufer-Bezirks-Verein.] In der letzten, durch den Vorsitzenden genannten Vereins, Herrn Expeditions-Vorsteher Meltzer, abgehaltenen Versammlung machte derselbe von verschiedenen eingegangenen Schreiben Mittheilung; bezüglich eines derselben betreffs Beitritts von Mitgliedern zum Asyl-Verein für Obdachlose wird das Bedenken erhoben, daß das Asyl zu weit vom diesseitigen Stadttheil gelegen und für diesen speciell von geringerem Interesse sei; betreffs einer Aufforderung des südwestlichen Bezirks-Vereins der Schweidnitzer Vorstadt zum Anschluß an ein Gesuch desselben an den Herrn Ober-Landes-Gerichts-Präsident Schultz-Völcker, dahin gehend, die Publicationen der Eintragungen in das Handels-Register nicht nur durch die „Schlesische Zeitung", sondern auch durch die früher dazu benutzten Organe veranlassen zu wollen, wird, nach Klarlegung der Verhältnisse durch den Vorsitzenden, einstimmig beschlossen, ein Gesuch gleichen Inhalts abzusenden; — ebenso wurde ein Antrag, den Magistrat zu ersuchen, am Ausgange der Oderbrücke nach dem Kaiserthore eine Laterne mit der Aufschrift „Schritt fahren", wie dies bereits mehrfach innerhalb der Stadt geschehen, aufzustellen, zum Beschluß erhoben, ein fernerer Antrag auf Entnahme eines Betrages aus der Vereinskasse für die Suppen-Anstalt vor dem Oderthore jedoch auf die Tages-Ordnung der nächsten Versammlung verwiesen. — Demnächst hielt Herr Ingenieur Lehnemann den angekündigten Vortrag „über Entwässerung der Städte". Indem der Vortragende zunächst auf das Historische und Allgemeine betreffs der Entwässerungs-Anlagen in Städten einging, erklärte er den Zweck und die Wirkung derselben in ihren allmäligen Ausbildungsstufen bis zum System unterirdischer Canäle, welche in der Neuzeit die Annehmlichkeit und den großen sanitären Vortheil gewähren, daß sie die Fäcalstoffe aufnehmen und direct abführen. Hieran schloß sich eine Schilderung des Verfahrens bei Aufstellung und Anordnung der Entwässerung einer Stadt mittelst unterirdischen Canal-Systems unter Berücksichtigung der jeweiligen localen Verhältnisse nebst Beschreibung der Herstellung und Construction der Canäle, der Einleitung und Fortleitung des Wassers in dieselben, sowie der erforderlichen Nebenanlagen, als Spülvorrichtungen, Nothauslässe, Sandfänge, Controlschächte 2c., und eine specielle Beschreibung des Canalsystems der Oder- und Sandvorstadt. — Den Schluß des Vortrages bildeten Erklärungen und Erläuterungen über die Einrichtungen im Innern der Grundstücke mit Rücksicht auf eine rationelle und gegen Temperatur-Einflüsse möglichst geschützte Lage der Leitungen; betreffs der Ventile und Hähne zur Wasserentnahme wurde empfohlen, nur solche zur Verwendung zu bringen, welche beim Schließen keine nachtheiligen Schläge in der Leitung verursachen und anschließend eine Erklärung der in Breslau gebräuchlichsten Ventil- und Hahn-Constructionen gegeben. — Nach dem Dank der Versammlung an den Herrn Vortragenden und Vertagung der im Fragekasten vorgefundenen Fragen wurde die Sitzung um 10½ Uhr geschlossen.

⊠ **Sagan**, 24. Febr. [Feuer. — Staare. — Boberanschwellung.] Am Sonntag Abend 9 Uhr wurden wir durch Feuersignale schon wieder einmal aus unserer Ruhe aufgeschreckt. Ein mit Stroh gedecktes, zum größten Theile nur aus Holz und Lehmfachwerk aufgeführtes Gehöfte im benachbarten Eckersdorf war in Flammen aufgegangen und der angegebenen Bauart, sowie der dem verheerenden Elemente reichliche Nahrung bietenden Vorräthe an Heu, Stroh 2c. wegen in verhältnißmäßig kurzer Zeit niedergebrannt. Glücklicherweise konnte sämmtliches Vieh, sowie Wagen, Betten, Wäsche u. A. gerettet werden. Dagegen aber wurde ein ganzer Posten Getreide und eine ansehnliche Summe Geldes (in Werthpapieren und Metall) ein Raub der Flammen. Da die abgebrannten Gebäude ihrer Bauart zu Folge nur niedrig versichert waren, so ist der Schlag für den Eigenthümer ein um so härterer. Allem Vermuthen nach liegt böswillige Brandstiftung zu Grunde. — Seit voriger Woche haben sich hier die ersten Frühlingsboten, die Staare, gezeigt und hören lassen. — Gestern und heute ist der Bober — jedenfalls Folge der schnellen Schneeschmelze — bedeutend angeschwollen.

⊙ **Bolkenhain**, 24. Febr. [Kirchen-Visitation. — Einbruch. — Concert. — Kinderkrankheiten.] In der letztverflossenen Woche hielt Herr Superintendent Pastor Hilberg aus Rohnstock in Baumgarten, hiesigen Kreises, eine Kirchen-Visitation ab. Derselbe wohnte vorigen Sonntag dem Gottesdienste, sowie einer Katechisation mit der Schuljugend bei, hielt selbst eine Ansprache an die Gemeinde und eine Unterredung mit der confirmirten Jugend, sowie eine Conferenz mit dem Gemeinde-Kirchenrath. Ebenso wurden die Kirchenbücher und die Kirchenrechnung einer Revision unterzogen. Ueber den Ausfall der gesammten Revision äußerte sich der Herr Superintendent sehr günstig. — In der Nacht vom 19. zum 20. d. M. wurde in der Wohnung des Gastwirthes Auras zu Kauder, hiesigen Kreises, ein frecher Einbruch und großer Diebstahl verübt. Mittels einer Leiter gelangten die Diebe durch die eingedrückten Fensterscheiben in die in der 1. Etage des Hauses gelegene Wohnung und raubten aus derselben 4 Gebett Betten, sämmtliche Kleider des p. Auras und seiner Frau, sowie die vorgefundene Wäsche. Der Genannte, welcher mit seinen Angehörigen in den Parterre-Räumen schläft und von dem Einbruch nichts wahrgenommen hat, hat dadurch einen sehr beträchtlichen Verlust erlitten und den größten Theil seiner Habe verloren. Möge es den eifrigen Bemühungen der Sicherheitsbehörden gelingen, die frechen Diebe zu entdecken und den Bestohlenen in den Wiederbesitz seines Eigenthums zu bringen. — Vorgestern Abend veranstaltete der hiesige Männergesangverein „Harmonie" im Saale des „Deutschen Kaisers" ein Vocal-Concert, in welchem als Hauptpiece das Tongemälde „Im Walde" von Jul. Otto zur Aufführung kam. Sämmtliche Piecen wurden gut ausgeführt, was dem Verein und seinem Dirigenten um so mehr zur Ehre gereicht, als sämmtliche Mitglieder, dem Arbeiterpersonal der hiesigen mechanischen Weberei zum größten Theil angehörend, musikalisch und gesanglich nicht geschult sind. — Nachdem während des ganzen Winters die Masern in den Dörfern des diesseitigen Oberkreises stark grassirt haben, so daß in vielen Ortschaften die Schulen geschlossen werden mußten, kommt dieselbe Krankheit nunmehr in unserer Stadt und in deren nächster Umgebung in derselben Weise zur Erscheinung. Es liegen bereits viele Kinder darnieder, so daß auch hier in der evangelischen und katholischen Stadtschule schon drei Klassen und die Schule in Wolmsdorf geschlossen werden mußten; ob eine weitere Schließung auch der übrigen Klassen noch eintreten wird, hängt von dem amtlichen Urtheil des Herrn Kreisphysikus ab, der im Laufe dieser Woche die Schulen sanitätlich revidiren wird.

—n. **Bernstadt**, 24. Febr. [Vieh- und Krammarkt. — Masern.] Der gestern hier abgehaltene Viehmarkt war eigentlich nur ein Schwarzviehmarkt, da die Abhaltung des Rindviehmarktes wiederum von der königl. Regierung nicht genehmigt worden war. Für Schwarzvieh, welches in ziemlich bedeutender Anzahl vorhanden war, wurden mäßige Preise gezahlt. Der Nachmittags sich daran schließende Krammarkt war sehr schwach von Käufern besucht. — In dem nahen Korschlitz herrschen gegenwärtig die Masern, und soll die Schule daselbst in Folge Erkrankung vieler Schulkinder geschlossen sein.

Handel, Industrie 2c.

Berlin, 25. Febr. [Börse.] Die bekannten Artikel der „Nordd. Allg. Ztg." nahmen auch heute das Interesse der Börse in Anspruch. Mehr als hier, wo man über die Zuverlässigkeit des citirten Blattes bereits häufiger eigenartige Erfahrungen gemacht hat, hatte der vorgestrige Alarmartikel an den ausländischen Börsen gewirkt, von denen namentlich Paris und London, wo Russen erheblich schwächer waren, in schwacher Tendenz verkehrten. Der beschwichtigende Artikel von gestern Abend verlieh dem heutigen Geschäft hier wieder größere Festigkeit. Die Stimmung für russische Werthe blieb freilich abgeschwächt. Man führte insbesondere den Amsterdamer Platz als Abgeber an und wollte diese flaue Tendenz auf allerhand Gerüchte, die über die Situation in Petersburg colportirt wurden, zurückführen. Speculative Montanwerthe, namentlich Laura, erzielten bessere Course; möglicherweise wirkte die in Wiener Blättern aufgetretene Mittheilung, daß der Preisrückgang von Warrants in Glasgow durch die Operationen der Contremine herbeigeführt sei. Das Geschäft, welches sich von vornherein auf allen Gebieten auf ziemlich enge Grenzen beschränkte, nahm im Verlaufe des Verkehrs immer weiter an Umfang ab. Die Engagements bezogen sich der Mehrzahl nach bereits per März, für welche fast durchwegs höhere Course erzielt werden. Die Flauheit für russische Werthe nahm weiter an Intensität zu; es verstimmte unter Andern, daß Fürst Bismarck gelegentlich der Anwesenheit des Großfürsten Constantin angeblich eine sehr bemerkliche Reservirtheit bekunden soll. — Es notiren auf dem internationalen Markte: Credit 544½—2½—3, per März 544½—2½—3, Franzosen 476½—5½—6, per März 477½—6½ bis 7½, Lombarden 156—5½, per März 155½—5. Oesterreichisch-Ungarische Anleihen ziemlich fest, aber ohne belebteren Verkehr. Russische Werthe schwach. Rubel notiren: per ultimo 218—216—216,50, per März 217,50 bis 216—216,50 (Vorprämie 219,50/3), per April Vorprämie 221/3 50. Auf dem localen Markte erzielten Laura 135—5,75—5,25—6, Dortmunder Stamm-Prioritäten 112,10—12,90—12,25—13, Disconto-Commandit 196⅞ bis 7 bis 6⅝. Speculative Bahnen ziemlich fest, aber ebenfalls ohne größeren Umsatz; wir erwähnen besonders: per ultimo Rheinische 157,75 bis 90, do. junge 150,50, Bergisch-Märkische 107,90—108,60—25, Rumänier 50,30—80, Galizier 114, Oberschlesische 185.25—184,75. Auf dem Anlagemarkte waren deutsche Fonds still bei abgeschwächten Coursen. Heimische Prioritäten ziemlich fest. Russische Prioritäten waren angeboten. Auf dem Cassamarkte waren große heimische Bahnen ziemlich belebt, kleine Bahnen still. Von österreichischen Nebenbahnen behaupteten auch heute Elbthal eine sehr günstige Meinung. In Stammprioritäten blieb das Geschäft sehr beschränkt. Banken fest. Cassenverein + 2, Reichsbank + 1, Gothaer Grund — ⅛. Industriepapiere im Allgemeinen schwächer. Geld 2 pCt. im Privatdiscont für Reportzwecke billiger als gestern, 5⅛, gegen Lombard 3½—4 pCt. Russische Zollcoupons notirten 20,65, 1822er Coupons 20,90.

Heutige Prolongationssätze: Credit 1, Franzosen 0,50, Lombarden 0,50, Commandit 1½ pCt., Darmstädter ½, Deutsche Bank ⅜, Laura ¼, Galizier ⅛, Russische Noten 0,40—50 Pf. Dep., Orient-Anleihe ⅛ Dep., Ungarische Goldrente 0,20 Dep., Bergische ⅛ Rep.

Course um 2½ Uhr: Fest. Creditactien 543,50, Lombarden 155,50, Franzosen 476,00, Reichsbank 156,50, Disconto-Commandit 197,25, Laurahütte 137,00, Dortm. Union 113,25, Türken 11,—, Italiener 81,87, Oesterreichische Goldrente 73,75, Ungarische Goldrente 87,75, Oesterr. Silberrente 62,12, do. Papierrente 61,37, 5proc. Russen 89,00, neue —, Köln-Mindener 148,25, Rheinische 158,00, Bergische 108,75, Rumänen 50,87, Russ. Noten 216,75, alte —, Galizier —,—, I. Orient-Anleihe —,—, II. do. 60,50, III. do. 60,50, Weimarische Bank —,—.

Coupons. (Course nur für Posten.) Oesterr. Silberrent.-Cp. 172,20 bez., do. Eisenbahn-Coupon 172,20 bez., do. Papier in Wien zahlbar min. 40 Pf. k. Wien, Amerik. Gold-Dollar-Bonds 4,185 bez., do. Eisenbahn-Prior. 4,185 bez., do. Papier-Dollars 4,185 bez., 6% New-York-City 4,185 bez., Russ. Central-Boden min. — Pf. Paris, do. Papier und verl. min. 75 Pf. k. Pet., Poln. Papier u. verl. min. 75 Pf. Warschau, Russ. Zoll 20,65 bez., 22er Russen —, Große Russische Staatsbahn —, — bez., Russische Boden-Credit —.— bez., Warschau-Wiener Comm. — bez., Rumänisch, Divid.-Sch. per 1879 — bez., Warschau-Terespol —,— bez., 3% un, 5% Lombard min. — Pf. Paris, Diverse in Paris zahlbar min. — Pf. Paris, Holländische min. — Pf. Amsterdam, Schweizer minus — Pf. Paris Belgische minus — Pf. Brüssel. Berl. Stadt-Obligat. 20,38 bez.

Petersburg, 25. Febr. [Ausweis der Reichsbank] vom 13. Februar n. St.*)

Creditbill. im Umlauf	716,515,125 Rbl.	unverändert.
Notenemission für Rechnung der Succurs.	411,300,000 Rbl.	unverändert.
Vorschüsse der Bank an die Staats-Regierung	303,360,420 Rbl. Zun.	481,235 Rbl.

*) Ab- und Zunahme gegen den Ausweis vom 9. Februar.

§ **Breslau**, 25. Februar. [Zur Lage der Eisen- und Kohlen-Industrie.] Der Eisenmarkt hat seine günstige Physiognomie bewahrt, doch macht sich im Allgemeinen eine gewisse Abspannung bemerkbar, wie sie nach so plötzlichen und sprungweisen Preissteigerungen einzutreten pflegt. Hauptsächlich bezieht sich das auf das englische Geschäft. Es macht sich in England die Meinung geltend, daß die jetzigen Preise auf die Dauer nicht zu halten sein werden, und daß über kurz oder lang ein Rückschlag eintreten müsse, ganz besonders dann, wenn die amerikanischen Ordres noch weiter nachlassen sollten. Es ist ja ganz unstreitig, daß der Bedarf an Eisen aller Gattungen ganz bedeutend zugenommen hat, so daß die Eisenwerke den so plötzlich an sie herangetretenen Ansprüchen in vielen Fällen nicht genügen konnten, doch ist andererseits die Production in so fieberhafter Eile gesteigert worden, daß von einem Ueberwiegen der Nachfrage über das Angebot nur noch in sehr beschränktem Maße die Rede sein kann. In Schottland sind statt der Mitte Februar vor. J. thätigen 87 Hochöfen deren jetzt 111 im Betriebe, und die Roheisenvorräthe in den Stores von Glasgow betragen circa 443,000 Tons, gegen etwa 212,000 Tons zur gleichen Zeit des Vorjahres, wobei allerdings in Betracht zu ziehen ist, daß die enormen Bestände, welche vergangenes Jahr an den Hochöfen lagerten, zum größten Theil verkauft sind. Der Warrantscours schwankt zwischen 67 und 69 Sh. und schließt heute noch niedriger mit 66 Sh. 7 D. Der Export aus Großbritannien gestaltete sich im Januar dieses Jahres sehr günstig und betrug Tons (wir fügen die Exportzahlen für Januar 1879 in Klammern bei): an Roheisen 102,565 (47,535), an Schmiedeeisen 28,357 (11,539), an Eisenbahnschienen 46,778 (20,473), an eisernen Platten 20,940 (12,521), an Zinnplatten 19,669 (12,566), an Schmiede- und Gußstücken 19,255 (17,608), an altem Eisen 28,242 (1108), an Kohlen 1,698,604 (1,335,449), an Stahlwaaren Pfd. Sterl. 254,606 (246,892), an Dampfmaschinen Pfd. Sterl. 180,104 (218,921), an anderen Maschinen 355,881 (306,055). — Die deutsche Eisen-Industrie hat sich fortgesetzt guter Nachfrage und für viele Artikel besserer Preise zu erfreuen, so bleiben Stahlschienen, Handelsgußwaaren und besonders Kesselbleche steigend, dagegen ist für Roh- und Walzeisen eine weitere Preisbesserung nicht eingetreten, doch sind auch für diese Artikel die Preise als fest zu bezeichnen. Deutsches Roheisen ist knapp, in Folge dessen haben westfälische Walzwerke mit englischen Hochöfen Lieferungs-Contracte auf bedeutende Posten englischen Roheisens abgeschlossen, und man beabsichtigt dem gegenüber die Anfeuerung verschiedener Hochöfen in Lothringen, Siegen und Luxemburg. In Stettin zahlte man für englisches Roheisen 4,40 bis 4,60 M., für schottisches 5,60 bis 6 M. pr. 50 Kilogr. incl. Zoll. Auch aus Oesterreich lauten die Berichte andauernd günstig, eine Lieferung von 1,092,000 Kilogr. Stahlschienen für die Staatsbahnlinie Erbersdorf-Würbenthal erhielt das Teplitzer Walzwerk zum Preise von 12,25 Fl. pr. 50 Kilogr. frei Erbersdorf mit achtjähriger Garantie. — Im Kohlengeschäft sind bemerkenswerthe Aenderungen nicht eingetreten. Bei ziemlich unveränderten Preisen blieb die Nachfrage nach Industriekohlen sowohl, als auch nach Hausbrandkohlen eine stetige.

W. [Transportbegünstigungen.] Diejenigen Thiere, welche auf der in der Zeit vom 19. bis 21. Mai d. J. in Breslau stattfindenden Thierschau ausgestellt werden und unverkauft bleiben, werden unter den üblichen Bedingungen auf der königlich Niederschlesisch-Märkischen, Oberschlesischen, Breslau-Schweidnitz-Freiburger und Rechte-Oder-Ufer Eisenbahn bis zum 31. Mai frachtfrei nach dem ursprünglichen Aufgabeort zurückbefördert, wenn unter Vorlage des Originalfrachtbriefes für den Hintransport, der voll zu bezahlen ist, ein Attest des Ausstellungscomites beigebracht wird, wonach die Thiere ausgestellt gewesen und unverkauft geblieben sind. Gleiche Vergünstigung genießen auf allen Staats- und unter Staatsverwaltung stehenden Eisenbahnen diejenigen Gegenstände und Wasserthiere,

welche auf der im April d. J. in Berlin stattfindenden internationalen Ausstellung der See- und Binnenfischerei ausgestellt werden und unverkauft bleiben, ebenso wie Gegenständen, Geräthen und Producten, welche auf der Gewerbeausstellung in Liegnitz resp. der im Juni in Guben stattfindenden, mit einer Thierschau verbundenen landwirthschaftlichen Ausstellung ausgestellt werden, auf einzelnen Bahnen eine gleiche Transport-Erleichterung zu Theil wird.

Berliner Börse vom 25. Februar 1880.

Fonds- und Geld-Course.

Deutsche Reichs-Anl.	4	99,80 bz
Consolidirte Anleihe	4½	106,00 B
do. do. 1876	4	99,80 bz
Staats-Anleihe	4	99,60 bz
Staats-Schuldscheine	3½	95,00 bz
Präm.-Anleihe v. 1855	3½	144,40 bz
Berliner Stadt-Oblig.	4½	103,60 bz
Pfandbriefe. Berliner	4½	103,60 G
Pommersche	3½	90,60 bz
do.	4	100,75 bzG
do	4½	102,10 bz
do. Lndch. Crd.	4½	102,25 G
Posensche neue	4	99,30 G
Schlesische	3½	— —
Lndschaftl. Central	4	99,50 bz
Rentenbriefe. Kur- u. Neumärk.	4	100,00 G
Pommersche	4	100,25 bz
Posensche	4	99,60 G
Preussische	4	99,70 G
Westfäl. u. Rhein.	4	100,90 G
Sächsische	4	100,10 bz
Schlesische	4	100,80 bz
Badische Präm.-Anl.	4	137,75 bz
Baierische Präm.-Anl.	4	137 60 bz
do. Anl. v. 1875	4	99,25 B
Cöln-Mind. Prämiensch	3½	135,25 etbzB
Sächs. Rente von 1876	3	76,75 G

Hypotheken-Certificate.

Krupp'sche Partial-Ob.	5	110,00 bz
Unkb. Pfd. d. Pr. Hyp.-B.	4½	103,50 G
do. do.	5	104,75 bzG
Deutsche Hyp.-Bk.-Pfb.	4½	100,10 bzG
do. do. do.	5	102,90 B
Kündbr. Cent.-Bod.-Cr.	4½	101,20 G
Unkündb. do. (1872)	5	105,10 bz
do. rückzb. à 110	5	113,00 B
do. do. do.	4½	106,30 G
Unk. H. d. Pr. Bd.-Crd.-B.	5	— —
do. III. Em. do.	5	107,00 G
Kündb. Hyp. Schuld. do.	5	— —
Hyp.-Anth. Nord. G-C-B	5	99,90 bzG
do. do. Pfandbr.	5	99,20 bzG
Pomm. Hyp.-Briefe	5	106,00 G
do. do. II. Em.	5	103,25 G
Goth. Präm.-Pf. I. Em.	5	121,90 bzB
do. do. II. Em.	5	119,90 bz
do. 5% Pf. rkzlbr. m. 110	5	167,10 G
do. 4½ do. do. m. 110	4½	102,50 G
Meininger Präm.-Pfdb.	4	124,10 bzG
Pfdb. d. Oest. Bd.-Cr.-Ge.	5	102,50 G
Schles. Bodencr.-Pfdbr.	5	104,25 G
do. do.	4½	103,50 bz
Südd. Bod.-Cred.-Pfdb.	5	— —
do. do.	4½	102,25 G

Ausländische Fonds.

Oest. Silber-R. (1./1. 1./7.)	4⅕	62,10 bz
do. (1./4. 1./10.)		62,10 etbzB
do. Goldrente	4	73,80 bz
do. Papierrente	4⅕	61,25 bz
do. 54er Präm.-Anl.	4	115,20 B
do. Lott.-Anl. v. 60	5	125,75 bzB
do. Credit-Loose	fr.	343,00 B
do. 64er Loose	fr.	319,00 etbzB
Russ. Präm.-Anl. v. 64	5	153,25 bz
do. do. 1866	5	152,10 bz
do. Orient-Anl. v. 1877	5	60,20 bz
do. II. do. v. 1878	5	60,50 bzB
do. III. do. v. 1879	5	60,30-40 bz
do. Anleihe 1877	5	89,00 bzG
do. Bod.-Cred.-Pfdbr.	5	79,50 bz
do. Cent.-Bod.-Cr.-Pfb.	5	— —
Russ.-Poln. Schatz-Obl.	4	81,25 bzG
Poln. Pfndbr. III. Em.	5	66,00 bz
Poln. Liquid.-Pfandbr.	4	57,80 bz
Amerik. rückz. p. 1881	6	101,50 bzG
do. 5% Anleihe	5	101,80 bzG
Ital. 5% Anleihe	5	81 90 B
Raab-Grazer 100 Thlr. L	4	93,50 bzG
Rumänische Anleihe	8	— —
Türkische Anleihe	fr.	11,00 bzG
Ungar. Goldrente	6	87,80 bzB
do. Loose (M. p. St.)	fr.	215,10 G
Ung. 5% St.-Eisnb.-Anl.	5	85,30 bz
Schwedische 10 Thlr.-Loose —		
Finnische 10 Thlr.-Loose 51,00 bzG		
Türken-Loose 32,50 G		

Eisenbahn-Prioritäts-Actien.

Berg.-Märk. Serie II.	4½	104,00 G
do. III. v. St. 3½ g.	3½	91,10 bzG
do. do. VI.	4½	103,75 G
do. Hess. Nordbahn	5	102,75 bzG
Berlin-Görlitz	5	102,75 bzG
do.	4½	101,25 bzG
do. Lit. C.	4½	101,10 bzG
Bresl.-Freib. Lit. D. E. F.	4½	103,25 G
do. do. G.	4½	103,25 G
do. do. H.	4½	102,70 bz
do. do. J.	4½	102,70 bz
do. do. K.	4½	102,70 bz
do. von 1876	5	105,90 bzG
Breslau-Warschauer	5	102,75 bzG
Cöln-Minden III. Lit. A.	4	99,50 bzB
do. Lit. B.	4½	101,30 B
do. IV.	4	99,50 bzB
do. V.	4	99,50 B
Halle-Sorau-Guben	4½	103,90 bz
Hannover-Altenbeken.	4½	100,30 G
Märkisch-Posener	4½	— —
Niederschles.-Märk. I.	4	99,75 G
do. do. II.	4	98,25 bz
do. Obl. I. u. II.	4	99,60 G
do. Obl. III.	4	99,00 G
Oberschles. A.	4	— —
do. B.	3½	— —
do. C.	4	— —
do. D.	4	99,50 G
do. E.	3½	91,50 bzG
do. F.	4½	103,50 B
do. G.	4½	103,40 B
do. H.	4½	103,40 bz
do. von 1879.	4½	103,90 G
do. von 1873.	4	99,25 B
do. von 1874.	4½	103,10 G
do. Brieg-Neisse	4½	— —
do. Cosel-Oderb.	5	103,20 bzB
do. Stargard-Posen	4	99,25 G
do. do. II. Em.	4½	— —
do. do. III. Em.	4½	— —
do. Ndrschl. Zwgb.	3½	— —
Ostpreuss. Südbahn	4½	102,50 B
Rechte-Oder-Ufer-B.	4½	103,50 G
Schlesw. Eisenbahn	4½	— —
Charkow-Asow gar.	5	92,25 bzG
do. do. in Pfd. Sterl.	5	85,90 bz
Charkow-Kremen. gar.	5	89,60 bz
do. do. in Pfd. Sterl.	5	85,90 bz
Rjäsan-Koslow gar.	5	99,60 bzG
Dux-Bodenbach	5	85,10 bzG
do. II. Em.	5	82,70 bzB
Prag-Dux	fr.	48,30 bzB
Gal. Carl-Ludw.-Bahn	5	91,10 bzB
do. do. neue	5	89,10 G
Kaschau-Oderberg	5	75,50 bz
Ung. Nordostbahn	5	72,80 bzG
Ung. Ostbahn	5	69,10 bzG
Lemberg-Czernowitz	5	75,60 etbzG
do. do. II.	5	79,00 bz
do. do. III.	5	74,40 bz
do. do. IV.	5	72,00 bzB
Mährische Grenzbahn	5	61,60 bz
Mähr.-Schl. Centralb.	fr	31,70 bz
Kronpr. Rudolf-Bahn	5	80,30 bzG
Oesterr.-Französische	3	379,75 bzG
do. do. II.	3	369,10 G
do. südl. Staatsbahn	3	262,30 bzG
do. neue	3	263,50 bz
do. Obligationen	5	93,50 bzB
Rumän. Eisenb.-Oblig.	6	98,00 bzB
Warschau-Wien II.	5	102,00 bzB
do. III.	5	100,75 G
do. IV.	5	99,40 bzB
do. V.	5	98,75 bz

Wechsel-Course.

Amsterdam 100 Fl.	8 T.	3	169,55 bz
do. do.	2 M.	3	168,95 bz
London 1 Lstr.	3 M.	3	20,32 bz
Paris 100 Frcs.	8 T.	3	81,10 bz
Petersburg 100 SR.	3 M.	6	214,75 bz
Warschau 100 SR.	8 T.	6	216,25 bz
Wien 100 Fl.	8 T.	4	172,60 bz
do. do.	2 M.	4	171,70 bz

Kurh. 40 Thaler-Loose 283,25 bz
Badische 35 Fl.-Loose 178,00 bz
Braunschw. Präm.-Anleihe 99,50 bzG
Oldenburger Loose 156,10 G

Ducaten — —	Dollar 4,19 bz
Sover. 20,35 G	Oest. Bkn. 172,90 bz
Napoleon 16,215 bz	do. Silbergd. 172,70 bz
Imperials 16,65 G	Russ. Bkn. 216 50 bz

Eisenbahn-Stamm-Actien.

Divid. pro	1878	1879		
Aachen-Mastricht.	½	—	4	34,50 bz
Berg-Märkische	4	—	4	108,00 bz
Berlin-Anhalt	5	—	4	106,50 bzG
Berlin-Dresden	0	—	4	16,60 bz
Berlin-Görlitz	0	0	4	27,30 bz
Berlin-Hamburg	10½	—	4	193,10 bz
Berl-Potsd.-Magdb	3½	4	4	99,60 bz
Berlin-Stettin	3,65	4¾	4	115,00 bzG
Böhm. Westbahn.	5¾	—	5	97,10 bzG
Bresl.-Freib.	3¼	—	4	104,90 bz
Cöln-Minden	6,3	6	4	148 25 bz
Dux-Bodenbach. B.	0	0	4	74,90 bzG
Gal. Carl-Ludw.-B.	8,214	—	4	113,90 bz
Halle-Sorau-Gub.	0	0	4	25,30 bz
Hannover-Altenb.	0	0	fr.	— —
Kaschau-Oderberg	4	4	5	54,50 bzG
Kronpr. Rudolfb.	5	5	5	66,40 bzG
Ludwigsh.-Bexb.	9	—	4	202,25 bzG
Märk.-Posener	0	0	4	31,00 bzG
Magdeb.-Halberst.	9½	6	4	147,00 bzG
Mainz-Ludwigsh.	4	—	4	107,00 bz
Niederschl.-Märk.	4	4	4	100,00 bz
Oberschl. A. C. D. E.	8½	—	3½	184,60 bz
do. B.	8½	—	3½	152,50 bzG
Oesterr.-Fr. St.-B.	6	—	4	476,00-76
Oest. Nordwestb.	4	—	5	298,50 bz
Oest. Südb. (Lomb.)	0	6	4	156,00-55,00
Ostpreuss. Südb.	0	0	4	60,50 bzG
Rechte-O.-U.-B.	7	—	4	144,10 bzG
Reichenberg-Pard.	4	4	4½	57,90 bz
Rheinische	7	7	4	158,00 bzG
do. Lit. B. (4% gar.)	4	4	4	99,10 bz
Rhein-Nahe-Bahn	0	0	4	12,90 bz
Rumän. Eisenbahn	2	—	4	50,80 bz
Schweiz Westbahn	0	—	4	19,70 bzB
Stargard-Posener	4½	4½	4½	103,25 bz
Thüringer Lit. A.	8	—	4	157,30 bz
Warschau-Wien	9,165	—	4	251,50 bz

Eisenbahn-Stamm-Prioritäts-Actien.

Berlin-Dresden	0	—	5	42,80 bzG
Berlin-Görlitzer	1	—	5	74,50 bzG
Breslau-Warschau	0	—	5	43,00 bzG
Halle-Sorau-Gub.	0	—	5	84,75 bzG
Hannover-Altenb.	0	—	fr.	— —
Kohlfurt-Falkenb.	0	0	5	40,90 bzG
Märkisch-Posener	5	5	5	100,90 bzG
Magdeb.-Halberst.	4⅕	3½	3½	83,70 bzG
do. Lit. C.	5	5	5	121,40 bzG
Ostpr. Südbahn	5	5	5	100,40 bzG
Posen-Kreuzburg	2¾	—	5	74,50 bzG
Rechte-O.-U.-B.	7	—	5	142,00 bzB
Rumänier	8	8	8	109,75 bzG
Saal-Bahn	0	0	5	46,00 G
Weimar-Gera	0	0	5	39,25 bzG

Bank-Papiere.

Allg. Deut. Hand.-G	2	4	4	72,50 G
Berl. Kassen-Ver.	8 5/10	8 9/10	4	173,00 bzG
Berl. Handels-Ges.	0	5	4	113,00 bzG
Brl. Prd.-u. Hdls.-B.	0	4⅓	4	76,00 bz
Braunschw. Bank	4½	—	4	93,25 bzG
Bresl. Disc.-Bank.	3	5½	4	98,00 bzG
Bresl. Wechslerb.	5⅔	—	4	103,00 G
Coburg. Cred.-Bnk.	4½	5	4	92,75 bzB
Danziger Priv.-Bk.	5⅕	—	4	108,50 B
Darmst. Creditbk.	6¾	—	4	155,90 bzB
Darmst. Zettelbk.	5¼	5⅙	4	107,00 bzB
Deutsche Bank	6½	—	4	149,50 bzG
do. Reichsbank	6,3	—	4½	156,50 bzB
do. Hyp.-B. Berl.	6¼	6	4	93,50 G
Disc.-Comm.-Anth.	6½	—	4	196,50 bz
do. ult.	6½	—	4	196,90-7,00
Genossensch.-Bnk.	5½	—	4	113,00 bzG
do. junge	5½	—	4	110,00 bzG
Goth. Grundcredb.	6	—	4	95,50 B
do. junge	6	—	4	94,30 bz
Hamb. Vereins-B.	7¾	7	4	— —
Hannov. Bank	5½	4½	4	105,00 bzB
Königsb. Ver.-Bnk.	6	—	4	98,00 G
Lndw.-B. Kwilecki	4⅔	—	4	73,00 bz
Leipz. Cred.-Anst.	6⅔	10	4	150,75 bzG
Luxemburg. Bank	7½	—	4	143,00 bzG
Magdeburger do.	6 3/10	5⅕	4	114,25 bzG
Meininger do.	2½	—	4	104,10 bzG
Nordd. Bank	8⅘	10	4	166,50 B
Nordd. Grundcr.-B.	0	—	4	64,75 bzG
Oberlausitzer Bk.	4	4⅔	4	86,75 bz
Oest. Cred.-Actien	8¾	—	4	544-3,50
Posener Pro.-Bank	4	—	4	112,00 G
Pr. Bod.-Cr.-Act.-B.	5	—	4	93,75 bz
Pr. Cent.-Bod.-Crd.	9½	—	4	128,00 etbzG
Sächs. Bank	5⅗	—	4	118,90 bz
Schl. Bank-Verein	5	—	4	110,80 bzG
Weimar. Bank	0	—	4	42,50 bzG
Wiener Unionsbk.	5	—	4	220,00 G

In Liquidation.

Berliner Bank	—	—	fr.	— —
Centralb. f. Genoss.	—	—	fr.	49,50 G
Sächs. Cred.-Bank	—	—	fr.	— —
Schl. Vereinsbank	—	—	fr.	— —
Thüringer Bank	—	—	fr.	199,25 G

Industrie-Papiere.

D. Eisenbahnb.-G.	0	—	4	11,00 bzG
do. Reichs-u. Co.-B.	—	—	fr.	—
Märk.-Sch. Masch G	0	—	4	40,75 bzG
Nordd. Gummifab.	4	—	4	47,00 bz
Pr. Hyp.-Vers.-Act.	5	—	4	98,00 bzG
Schles. Feuervers.	21	—	fr.	1050 G
Donnersmarkhütt.	½	—	4	72,00 bzG
Dortm. Union	0	—	4	16,00 B
do. abgest.	0	—	4	— —
Königs- u. Laurah.	1½	—	4	135,10 bzG
Lauchhammer	0	—	4	51,00 bzG
Marienhütte	2½	—	4	81,90 bz
Cons. Redenhütte.	4	—	4	228 00 G
do. Oblig.	6	6	6	104,50 G
Schl. Kohlenwerke	0	—	4	18,00 bzG
Schl. Zinkh.-Actien	5½	—	4	102,00 bzG
do. St.-Pr.-Act.	5½	—	4½	106,10 bz
Oppeln. Portl. Cem.	3½	—	4	67,50 B
Groschowitzer dto.	2	4	4	70,25 G
Tarnowitz. Bergb.	0	—	4	102,00 bzG
Vorwärtshütte	0	—	4	26,00 bz
Bresl. E.-Wagenb.	5½	—	4	81,00 bzB
do. ver. Oelfabr.	5½	—	4	79,00 bz
do. Strassenbahn	6	—	4	115,50 bzB
Erdm. Spinnerei	0	—	4	46,10 bz
Görlitz. Eisenb.-B.	6½	—	4	93,50 G
Hoffm.'s Wag. Fabr	0	—	4	67,25 bzG
O.-Schl. Eisenb.-B.	0	—	4	74,50 bzG
Schl. Leinenind.	5	—	4	99,00 B
do. Porzellan	1½	—	4	46,90 bzB
Wilhelmsh. MA.	0	—	4	46,25 bzG

Bank-Discont 4 pCt.
Lombard-Zinsfuss 5 pCt.

Berlin, 25. Febr. [Producten-Bericht.] Wir haben leichten Frost bei bedecktem Himmel. Die auswärtigen Berichte über das winterliche Wetter ließen einen besonders festen Verlauf des heutigen Marktes voraussetzen, Erwartungen dieser Art wurden indessen vollständig getäuscht. Roggen konnte gestrigen Preisstand nicht behaupten, erst nachdem die mäßigen Anerbietungen auf Termine mühselig untergebracht waren, befestigte sich die Haltung zuletzt ein wenig. Loco ist der Handel fortdauernd schwach. — Roggenmehl matt. — Weizen wurde vernachlässigt; hätten nicht Preißermäßigungen einige Käufer herangezogen, so würde der Umsatz ganz leblos geblieben sein. — Hafer loco fest, feine Waare gesucht, Termine ohne Handel. — Rüböl hielt man fester, es ist jedoch nicht viel umgegangen und die Haltung schien zuletzt zu ermatten. — Petroleum still. — Spiritus genoß wenig Beachtung, so daß die Verkäufer einiges Entgegenkommen zeigen mußten.

Weizen loco 200—240 Mark pro 1000 Kilo nach Qualität gefordert, gelb. märk. — M. ab Bahn bez., per Februar — M. bez., per März-April — Mark bez., per April-Mai 234—233—233½ Mark bez., per Mai-Juni 233½—233—233½ M. bez., per Juni-Juli 233½—233 M. bez., per Juli-August 223—221½—222 Mark bez., per Septbr.-Octbr. 217—215½—216 Mark bez. Gekündigt — Ctr. Kündigungspreis — Mark. — Roggen loco 174—180 M. pro 1000 Kilo nach Qualität gefordert, russischer — M. bez., inländ. 175—177 M. ab Bahn bez., per Febr. und Febr.-März 174 Mark bez., per März-April — M. bez., per April-Mai 176—175—175½ M. bez. u. Br., 175 M. Gld., per Mai-Juni 175½—175 Mark bez. u. Gld., 175½ Mark Br., per Juni-Juli 174—173½ M. bez. u. Gld., per Juli-August 168½—168 M. bez., per September-October 166½—166 M. bez. Gekünd. — Ctr. Kündigungspreis — Mark. Gerste loco 137—200 M. nach Qualität gefordert. — Hafer loco 143—160 Mark pro 1000 Kilo nach Qualität gefordert, ost- und westpreußischer 148—151 Mark bez., russischer 148—150 Mark bez., pommerscher, mecklenburgischer und uckermärkischer 152—155 M. bez., schlesischer 153—156 Mark bez., böhmischer 152—156 Mark bez., fein. weißer russischer 155—156 M. ab Bahn bez., per Februar — M. bez., per April-Mai 150 Mark bez., per Mai-Juni 152 M. bez., per Juni-Juli 153½ M. bez., per Juli-August 154½ M. bez. Gekündigt — Ctr. Kündigungspreis — Mark. — Roggenmehl pro 100 Kilo Br. Nr. 0 und 1 incl. Sack: per Februar 24,70—24,60 M. bez., per Februar-März 24,60—24,50 M. bez., per März-April 24,60—24,50 Mark bez., per April-Mai 24,60—24,50 Mark bez., per Mai-Juni 24,60—24,50 Mark bez., per Juni-Juli — Mark bez., per Juli-August — Mark bez. Gekündigt — Ctr. Kündigungspreis — Mark. — Rüböl pro 100 Kilo loco mit Faß 54,6 Mark bez., ohne Faß 54,3 Mark bez., per Februar 54,5 Mark bez., per Februar-März 54,5 Mark bez., per März-April — M. bez., per April-Mai 54,7—54,5—54,6 Mark bez., per Mai-Juni 55,4—55,3 Mark bez., per Juni-Juli — Mark bez., per Juli-August — Mark bez., per September-October 58,2—58 M. bez. Gekündigt — Ctr. Kündigungspreis — Mark. — Leinöl loco 67 Mark. — Petroleum loco per 100 Kilo incl. Faß 25,1—25,3 Mark bez., per Februar 25 Mark bez., per Februar-März 24,5 Mark bez., per März-April 24 Mark bez., per April-Mai 24 Mark bez., per September-October 25,6 Mark bez. Gekündigt — Ctr. Kündigungspreis — Mark.

Spiritus loco ohne Faß 60—59,9 M. bez., per Februar und Februar-März 59,8 Mark nom., per März-April — Mark bez., per April-Mai 60,6 bis 60,4 Mark bez., per Mai-Juni 60,7—60,5—60,6 M. bez., per Juni-Juli 61,6—61,4 Mark bez., per Juli-August 62,4—62,3 Mark bez., per August-September 62,7—62,6 Mark bez. Gek. — Liter. Kündigungspreis — M.

⊕ **Breslau**, 26. Febr., 9½ Uhr Vorm. Am heutigen Markte war die Stimmung für Getreide fest, bei mäßigem Angebot Preise gut preishaltend.

Weizen, feine Qualitäten gut verkäuflich, per 100 Kilogr. schlesischer weißer 19,70 bis 21,30—22,20 Mark, gelber 19,70—20,90 bis 21,60 Mark, feinste Sorte über Notiz bezahlt.

Roggen in sehr fester Stimmung, pr. 100 Kilogr. 16,70 bis 17,20 bis 17,50 Mark, feinste Sorte über Notiz bezahlt.

Gerste gut preishaltend, pr. 100 Kilogr. 15,70 bis 16,80 Mark, weiße 17,00 bis 17,40 Mark.

Hafer behauptet, pr. 100 Kilogr. 14,20—15,00 bis 15,40 Mark.

Mais gute Kauflust, pr. 100 Kilogr. 14,60—15,00—15,60 Mark.

Erbsen schwach zugeführt, pr. 100 Kilog. 18,50—19,60 bis 20,20 Mark, Victoria- 21,00—22,00—23,50 Mark.

Bohnen ohne Angebot, pr. 100 Kilogr. 20,50—23,50—23,00 M.

Lupinen, mehr beachtet, pr. 100 Kilogr. gelbe 7,20 bis 8,00—8,40 Mark, blaue 7,10—8,00—8,30 Mark.

Wicken unverändert, pr. 100 Kilogr. 13—13,50—14,20 Mark.

Pro 100 Kilogramm netto in Mark und Pf.

Schlag-Leinsaat	26	—	25	—	22	—
Winterraps	23	—	22	25	21	75
Winterrübsen	22	50	21	50	21	—
Sommerrübsen	23	—	22	—	20	50
Leindotter	22	—	21	50	20	75

Rapskuchen unverändert, pr. 50 Kilogr. 6,50—6,70 Mark, — fremde 6,10—6,30 Mark.

Leinkuchen in ruhiger Stimmung, pr. 50 Kilogr. 9,50—9,70 Mark.

Kleesamen schwach zugeführt, rother nur feine Qualitäten beachtet, pr. 50 Kilogr. 35—44—46—50 Mark, weißer unverändert, 44—53—62—74 Mark, hochfeiner über Notiz.

Tannenklee ruhig, pr. 50 Kilogr. 42—50—60 Mark.

Thymothee in etwas besserer Stimmung, pr. 50 Kilogr. 18—22 bis 25 Mark.

Mehl mehr Kauflust, pr. 100 Kilogr. Weizen fein 30,50—31,50 Mark, Roggen fein 26,50—27,50 Mark, Hausbacken 25,50—26,50 Mark, Roggen-Futtermehl 10,90—11,80 Mark, Weizenkleie 10,20—10,70 Mark.

Heu 2,50—2,80 Mark pr. 50 Kilogr.

Roggenstroh 19,00—22,00 Mark pr. Schock à 600 Kilogr.

Meteorologische Beobachtungen auf der königl. Universitäts-Sternwarte zu Breslau.

Februar 25., 26.	Nachm. 2 U.	Abends 10 U.	Morgens 6 U.
Luftwärme (C.)	— 0°,4	— 2°,5	— 3°,0
Luftdruck bei 0° (mm)	755,7	755,1	749,9
Dunstdruck (mm)	3,9	2,7	3,3
Dunstsättigung (pCt.)	89	70	89
Wind	NW. 1.	W. 1.	W. 1.
Wetter	heiter.	bedeckt.	bedeckt.

Breslau, 26. Febr. [Wasserstand.] O.-P. 5 M. 46 Cm. U.-P. 1 M. 32 C. Eisstand.

Telegraphische Depeschen.

(Aus Wolff's Telegr.-Bureau.)

Berlin, 26. Febr. Die „N. A. Z." sagt: Es wird uns lieb sein, wenn die Erörterung, welche wir durch den Artikel von Montag angeregt haben, von der Presse der Nachbarländer gründlich aufgenommen wird, damit die Leser derselben sich auch dort gründlicher als bisher die Frage vorlegen: Ist es wahr und kann es nach geschichtlicher Erfahrung und nach der Verfassung Deutschlands für wahrscheinlich gehalten werden, daß Deutschland sich mit Angriffsplänen gegen seine Nachbaren trage oder ist es nicht vielmehr angezeigt, daß wir den Nachbarvölkern Deutschlands, den Männern, den Parteien, den Blättern Glauben versagen, welche täglich mit bösen Absichten, die Deutschland gegen sie im Schilde führen soll, ängstigen oder aufzuregen versuchen? Die „Nordd. Allgem. Zeitung" schließt: duo si faciunt idem, non est idem. Rußland besitzt in seinem Klima und in seiner Ausdehnung eine natürliche Festung, welche durch künstliche Verstärkung kaum gewinnen kann. Wir sind nicht in gleicher Lage. Die Vertheilung unserer Garnisonen ist kaum für prompte Defensive, geschweige für einen Angriff geeignet. Namentlich aber fehlt die Gleichheit in dem Punkte, daß Eroberungszüge gegen seine heutigen Nachbarn Deutschland nie in den Sinn gekommen sind und heute unwahrscheinlicher, wie je sind. Wenn Deutschland 1871 die Revindication der ihm früher entrissenen Landestheile bewirkte, so geschah dies nur aus dem defensiven Bedürfniß der Deckung seiner Grenze und in Folge eines uns sehr gegen unseren Wunsch aufgedrängten Krieges.

Wien, 25. Febr. Die „Polit. Corr." meldet aus Salonichi: Hier ist die Nachricht eingetroffen, daß Oberst Syny noch am Leben ist. Die Pforte beauftragte die General-Gouverneure von Salonichi, Monastir und Kossowo Alles aufzubieten, um die Freilassung Syny's zu bewerkstelligen. Zur Zeit ist, des Schneefalls wegen, jedoch der Verkehr im Gebirge, wohin die Briganten Syny schleppten, sehr schwierig. Es heißt, die Briganten verlangen 8000 Pfund Lösegeld. In Salonichi ist das britische Kriegsschiff „Antilope" eingetroffen.

Paris, 25. Febr. Es verlautet, Orloff legte heute die Schriftstücke vor, welche die Identität und die Schuld des verhafteten Russen Hartmann beweisen sollen. Die Schriftstücke werden dem Justizminister überwiesen. Die Entscheidung ist erst in einigen Tagen zu erwarten.

London, 25. Febr. Der Herzog von Edinburg ist gestern Abend nach Petersburg abgereist. — Die heutigen Morgenblätter melden jetzt ebenfalls, daß die Königin sich im Frühjahre nach Darmstadt begeben werde.

Konstantinopel, 25. Febr. Die Polizei saisirte bei einem Individuum, das sich Papadopulos nennt und unter britischem Schutz zu stehen vorgiebt, Bomben und Höllenmaschinen. Man vermuthet, daß ein Attentat auf den Sultan beabsichtigt war. Mehrere Personen sind compromittirt. Die Untersuchung ist eingeleitet.

Telegraphische Course und Börsen-Nachrichten.

(W. T. B.) **Paris**, 25. Februar, Abends. [Boulevard-Verkehr.] 3proc. Rente —, —. Neueste Anleihe von 1872 116, 35. Türken 1865 10, 95. Neue Egypter 287, 50. Banque ottom. —, —. Italiener 81, 40. Chemins —, —. Oesterr. Goldrente —, —. Ungar. Goldrente 87⅜. Spanier exter. —, —. Spanier inter. —. 1877er Russen 90 9/16. Türkenloose —, —. III. Orient 60 15/16. Lombarden —, —. Ruhig.

Frankfurt a. M., 25. Februar, Nachmittags 2 Uhr 30 Min. [Schluß-Course.] Londoner Wechsel 20, 467. Pariser Wechsel 81, 22. Wiener Wechsel 172, 62. Köln-Mindener Stamm-Actien 148. Rhein. Stamm-Actien 158. Hess. Ludwigsbahn 107. Köln-Mindener Prämien-Antheile 135. Reichsanleihe 99 15/16. Reichsbank 156¾. Darmstädter Bank 155⅝. Meininger Bank 103¼. Oesterr.-Ungarische Bank 725, 00. Creditactien*) 271¼. Silberrente 62¼. Papierrente 61¼. Goldrente 73⅝. Ungarische Goldrente 87¾. 1860er Loose 125¾. 1864er Loose 318, 40. Ungarische Staatsloose 216, 00. Ungar. Ostbahn-Obligationen II 80. Böhm. Westbahn 194¾. Elisabethbahn 165. Nordwestbahn 149½. Galizier 228, Franzosen*) 237⅞. Lombarden*) 77. Italiener —, —. 1877er Russen 89. II. Orientanleihe 60⅜. Central-Pacific 110⅛. Schweizer Centralbahn —. Ludwigshafen-Bexbach —. Ziemlich fest.

Nach Schluß der Börse: Creditactien 271½, Franzosen 238, Galizier —, Oesterr. Goldrente —, Ungar. Goldrente —, II. Orientanleihe —, III. Orient-Anleihe —.

*) per medio resp. per ultimo.

Hamburg, 25. Februar, Nachmittags. [Schluß-Course.] Hamburger St.-Pr.-A. 126½, Silberrente —, Oest. Goldrente 73⅝, Ung. Goldrente 87¾, Credit-Actien 271¼, 1860er Loose 126½, Franz. 594, Lombarden 192, Italien. Rente 81¼, 1877er Russen 89, II. Orient-Anleihe 58½, Vereinsbank 123½, Laurahütte 135¾, Nordd. 166⅛, Commerzbank 118¼, Anglo-deutsche 56, 5% Amerikan. 96, Köln-Mind. St.-A. —, Rhein. Eisenb. do. 157¼, do. junge 150, Berg.-Märk. do. 108⅜, Berlin-Hamb. do. 194½, Altona-Kiel. do. 140, Disconto 1¾%, Preuß. 4proc. Consols 99¾, österr. Nordwestbahn 372. — Schluß fester.

Hamburg, 25. Febr., Nachm. [Getreidemarkt.] Weizen loco unverändert, auf Termine ruhig. Roggen loco unverändert, auf Termine fest. Weizen per April-Mai 232½ Br., 231½ Gd., pr. Mai-Juni 232½ Br., 231½ Gd. Roggen pr. April-Mai 169 Br., 168 Gd., pr. Mai-Juni 169 Br., 168 Gd. — Hafer und Gerste unverändert. Rüböl ruhig, loco 57, pr. Mai 56½. — Spiritus still, pr. Febr. 51¼ Br., pr. März-April 51 Br., pr. April-Mai 50¾ Br., pr. Mai-Juni 50¾ Br. Kaffee fest, Umsatz 5000 Sack. Petroleum fest, Standard white loco 7,35 Br., 7,30 Gd., pr. Febr. 7,25 Gd., pr. März-April 7,40 Gd. — Wetter: Schön.

Liverpool, 25. Febr., Vormittags. [Baumwolle.] (Anfangsbericht.) Muthmaßlicher Umsatz 10,000 Ballen. Fest. Tagesimport 9000 Ballen, davon 3000 Ballen amerikanische.

Liverpool, 25. Febr., Nachmittags. [Baumwolle.] (Schlußbericht.) Umsatz 10,000 Ballen, davon für Speculation und Export 2000 Ballen. Amerikaner fest, Surats stetig. Middl. amerikanische März-April-Lieferung 7 5/16, April-Mai-Lieferung 7 11/32 D.

Pest, 25. Febr., Vormittags 11 Uhr. [Productenmarkt.] Weizen loco fest, Termine lustlos, per Frühjahr 14, 45 Gd., 14, 50 Br. — Hafer per Frühjahr 7, 67 Gd., 7, 70 Br. Mais per Mai-Juni 9, 02 Gd., 9, 07 Br. Kohlraps per August-Septbr. 13⅜. — Wetter: Mild.

Paris, 25. Februar, Nachm. [Productenmarkt.] (Schlußbericht.) Weizen matt, per Febr. 34, 50, per März 34, 10, per Mai-Juni 33, 00, per Mai-August 32, 00. — Mehl weichend, per Februar 69, 75, per März 70, 00, per Mai-Juni 68, 50, per Mai-Aug. 67, 75. — Rüböl steigend, per Februar 79, 75, per März 80, 00, per Mai-August 82, 00, per September-December 83, 00. — Spiritus ruhig, per Februar 74, 25, per März 73, 00, per April 72, 75, per Mai-August 70, 25.

Paris, 25. Febr., Nachmittags. Rohzucker ruhig, Nr. 10/13 per Febr. per 100 Klgr. 58, 75, 7/9 per Februar per 100 Klgr. 64, 75. Weißer Zucker ruhig, Nr. 3 per 100 Klgr. per Februar 68, 00, per März-April 68, 25, per Mai-August 68, 00.

London, 25. Febr. Havannazucker Nr. 12 25½. Matt.

Bremen, 25. Febr., Nachmittags. Petroleum fest.. (Schlußbericht.) Standard white loco 7, 45 bez., per März 7, 45 bez., per April 7, 60 Br., per August-December 8, 40 Brief.

Verantwortlicher Redacteur: Dr. Stein.
Druck von Graß, Barth u. Comp. (W. Friedrich) in Breslau.